

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . 18—Kč, halbjährlich 48—Kč, ganzjährig . . . 102—Kč. Für Deutschböhmen monatlich 400—Sk, für Deutschland 40—Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

1. Jahrgang.

Freitag, 23. Dezember 1921.

Nr. 97.

Die Weihnachtsgloden Hilgenreiners.

Die Debatte im Senate über die Vorlagen betreffend die Kürzung der Staatsangestellten brachte zwei Reden, die es verdienen, noch besonders vermerkt zu werden. Beide wurden von Senatoren gehalten, die dem Priesterstande angehören, welcher Umstand kaum als eine Zufälligkeit ausgelegt werden kann, sondern eher symptomatisch gedeutet werden muß. Die tschechischen Parteien waren voreinstimmig, sich an der Debatte nicht zu beteiligen, bei welchem Entschlusse wohl der Wunsch, die unliebsame Erörterung über die peinliche Angelegenheit tunlichst abzukürzen — wie auch das böse Gewissen über den ihnen an den Staatsangestellten verübten Verrat, maßgebend war. Die von den Rednern der Opposition geübte wirkungsvolle Kritik an den Vorlagen lockte sie eher aus der vorsichtig beobachteten Zurückhaltung heraus und alle, Nationaldemokraten, Agrarier und tschechische Sozialdemokraten, besaßen jüst den Dechanten Krohner für würdig, das unsaubere Geschäft des Reinwaschungsversuches zu übernehmen.

In der Tat erwies sich dieser Priester als ein mit allen Salben geschmierter Pfafe, wie auch als ein in allen Pfaffen und Knissen wohlbewandelter und gelehriger Schüler des jesuitischen, heiligen Ignatius von Loyola, des Ervaters aller Frommen und scheinheiligen Schelme, der dem verlogenen Grundsatze: „Der Zweck heiligt das Mittel“ den Segen seines Ordens und der Kirche verlieh. Um wirkungsvoll zu polemisieren, so rechnete der Herr Dechant, muß die Sache auf ein anderes Geleise geschoben werden und welches hätte sich je da als geeigneter erwiesen, als die nationalistische Sche. Und man muß schon sagen, der Herr Vater wußte, wie nur irgendein nationalistischer Klopffechter seinen Mann zu stellen. Das der fromme Herr nach Belieben und Bedarf Deutschbürgerliche und deutsche Sozialdemokraten in einen Topf warf, sie alle zu „Vertretern der militaristischen Nation“ umlog, sie dann wieder auseinander hielt, und Neugierungen verdrehte, das gehört schließlich zu dem täglichen Handwerkspfäffischer Verlogenheit. Dann aber versetzte sich der Herr Senator Krohner regelrecht darauf, gegen die Deutschen die nationalistischen Instinkte der Straße zu wecken, wobei er sich bemühte, in dieser rein materiellen und sozialen Sache künstlich einen Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen zu schaffen, die Zustimmung zu den Vorlagen als eine „tschechische“, ihre Ablehnung und Kritik als eine ebenso „deutsche“ wie antipatriotische Sache erscheinen zu lassen. Und obwohl in der ganzen Debatte nicht ein nationales Wort gefallen war, höhnte der Hechpfafe die Deutschen, ihre „Besorgnisse“ um den Staat seien „überflüssig“, erzählte, bei der Mobilisierung seien die einberufenen deutschen Soldaten über die Grenze gelaufen und hatte schließlich die Dreistigkeit, den Deutschen den Rat zu erteilen, auszuwandern, wenn es ihnen in der tschechoslowakischen Republik — in deren Namen zu sprechen er sich anmaßte — nicht gefalle. Wohlmerkt: das alles, weil die Oppositionsredner gegen die Kürzung der Lehrer- und Staatsangestellten-Gehalte sich gewendet hatten! Daß darob ein Sturm der Entrüstung ausbrach, muß jeder begreiflich und selbstverständlich finden, der nicht von dem Geiste, der das Wort gebär: „Mit Rebellen unterhandeln wir nicht!“ erfaßt ist.

Und doch fand sich einer in den Reihen der Deutschbürgerlichen, der, wiewohl er sonst den „strammnationalen Priester“

minnt, und auch in der Debatte nicht genug Bruststöße fand, die Verderblichkeit der Vorlagen zu verdonnern, am nächsten Tage vor den Schädigern der Staatsangestellten und vor dem Herrn Krohner einen Kniefall tat, am nächsten Tage die Sturmszenen verurteilte und gar nicht mehr förmlich, sondern nachgerade für die Deutschbürgerlichen um Verzeihung bat, wie er auch gründliche Besserung und Buße versprach. Der Herr Senator und Theologieprofessor Dr. Hilgenreiner hielt es sogar für angemessen, die Mehrheit, die den Dechant Krohner vorgeschickt hatte, in Schutz zu nehmen, denn nicht anders ist es zu deuten, wenn er sagte, die Art und Weise, wie von „einem Mehrheitsredner“ gesprochen wurde, „gewiß nicht im Sinne der Majorität“ gewesen war und weiter seinen hehlustigen Pfaffenkollegen Krohner entschuldigte, indem er meinte, „es war vielleicht auch von dem betreffenden Herrn nicht so schlimm gemeint, wie es herauskommt ist.“ Aber, so winzige Herr Hilgenreiner, in seinen Worten, „lag ein Gedanke“ (wie zart ausgedrückt!), der „ungeheuer feindselig“ sei und wenn „nun auf Schritt und Tritt“ heiße: „Schauen Sie, daß Sie weiter kommen, Ihr seid in der Fremde, und wenn ein anderer Herr von Komödianten sprach, dann werden Sie begreifen.“ Und als ihm von tschechischer Seite der Einwurf gemacht wurde, ob er denn nicht gehört wurde, was von den Deutschen gesagt wurde, beteuerte Herr Dr. Hilgenreiner: „Das werde ich nie entschuldigen!“ Er entschuldigte seine deutschbürgerlichen Verbandsgegnossen — denn nur in ihrem Namen konnte er höchstens sprechen — daß sie „nicht angefangen“ hätten und er selbst sei ganz brav gewesen: „Ich habe lein Wort gestern gesagt.“ Dann ging der Herr Theologieprofessor ins Salbungsvolle über: „Lassen wir durch die gestrige vorübergehende Erbitterung nicht den Geist des Friedens und der Versöhnlichkeit unter uns fördern.“ Den Staatsangestellten und Lehrern werden von ihren Bezügen 180 Millionen genommen, die Redner dagegen werden von einem dreißigen Pfaffen dafür gehöhnt, den Deutschen wird aus der Republik die Tür gewiesen. Herr Dr. Hilgenreiner aber, dieser Stolz des Deutschen parlamentarischen Verbandes, spricht vom „Geiste des Friedens und der Versöhnlichkeit“, den man „unter uns nicht fördern“ soll, und angeht die des folgenschweren Anschlages auf die Staatsbediensteten spricht er von „vorübergehender Erbitterung“. Zum Schlusse begnügt Herr Dr. Hilgenreiner die Weihnachtsgloden zu läuten und wiederholt: „Lassen wir den Geist des Friedens und der Versöhnlichkeit unter uns wachsen im Verlaufe der Weihnachtszeit, damit, wenn wir zurückkehren, wir imstande sind, das Friedenswerk zu fördern. In diesem Sinne wünsche ich den Herren Kollegen glückliche Weihnachten!“

Der Herr Theologieprofessor hat sich also, da ein anderer Pfafe frech provozierte und den Anlaß zu den Sturmszenen im Senate gab, mit verbüffender Schnelligkeit beeilt, von seinen deutschbürgerlichen Verbandskollegen abzurücken, den und wehmutig wegen der Ausdrücke ihrer Erregung um Verzeihung zu bitten und so die bedrohte Solidarität des deutschen und tschechischen Pfaffenstums auf Kosten seiner Verbandsfreunde und der schwer geschädigten Staatsangestellten zu retten. Die Reden der beiden Repräsentanten des Priesterstandes, die mit seltener Klarheit den Geist des Jesuitismus aufzeigen, sind wertvolle Kulturdokumente!

Gegen die Gehaltskürzungen. Die Rede des Senators Genossen Rießner.

Wir tragen hienit die Rede des Genossen Rießner, die er bei der Verhandlung der Vorlagen betreffend die Kürzungen der Bezüge der Staatsangestellten und Lehrer in der Mittwochsitzung des Senates hielt, nach.

Genosse Senator Rießner:

Die meisten Herren der Majorität werden dem heutigen Tage mit einem gewissen Bangen entgegengekommen haben und sie werden in die Sitzung mit einer Beklemmung gekommen sein. Was ihnen in den vorgelegten Besetzungsvorschlägen vorgelegt wird, ist in der Tat ein starkes Stück. Und man kann schon glauben, daß es vielen der Herren wider den Strich geht. Man müet ihnen zu, nein, das ist eigentlich nicht der richtige Ausdruck, man kommandiert sie. (Zwischenruf: „So ist es!“ Zustimmung.) Man befiehlt es ihnen an und in den meisten Fällen, wie ich glaube, gegen ihre bessere Ueberzeugung, gegen ihr Empfinden, gegen alle Versprechungen, gegen ihr Programm, daß sie Vorlagen schluden, vor den Folgen ihnen wohl ein gelindes Grausen angehen mag. Es steht wohl außer Zweifel, daß das, was Sie meine Herren, von der Mehrheit zu tun im Begriffe stehen, im stärksten Widerspruch zu all dem steht, was Sie den Beamten und Lehrern bei den Wahlen versprochen haben. (Zw. Saller: „Man müete einmal die Reden lesen!“) Es wäre wirklich interessant, die Reden nachzuschlagen, um zu sehen, was Sie den Beamten und Lehrern alles in Aussicht gestellt haben. Jeder der Herren hätte es als töllische Beleidigung empfunden, wenn man ihm damals nicht zugebilligt hätte, daß er ein

unbedingter Lehrer- und Beamtenfreund ist. Dennoch kommen Sie in einer Zeit der schweren Teuerung und Not und wollen den Lehrern und Staatsangestellten die Bezüge kürzen, denn im Wesentlichen handelt es sich ja um eine Kürzung und um nichts anderes. Sie haben Beamtenfreundschaft gehandelt und die Beamten und Lehrer waren von lauter Freunden fast erdrückt. Und darum ist es begreiflich, wenn Ihnen vor der Abstimmung über die Lehrer- und Beamtenvorlagen bange wird. Sie möchten sich am liebsten wohl verkriechen und der Abstimmung aus dem Wege gehen, wir haben es ja gesehen, es war nicht einmal ein Referent ersatzutreiben und als man ihn endlich gefunden und er kaum die Rednertribüne betreten hat, war er auch schon wieder verschwunden. Die Gesetzesvorlagen sind derart verwirrend, daß Sie nicht nur bei den Beamten und Lehrern, sondern im größten Teil der Bevölkerung Verwirrung und Widerwillen erregen werden. Es handelt sich hier um sehr vieles, wie ich noch ausführen werde. Aber die allmächtige „Petka“ hat mit Ihnen kein Mitleid, ob Sie wollen oder nicht. Sie müssen! Nicht dem, was Sie für richtig und würdig finden, nicht dem, was Sie in Ihrem Programm haben, nicht dem, was Sie versprochen haben, sondern dem, was Ihnen die „Petka“ anbefiehlt, müssen Sie folgen, Sie bilden sich natürlich ein, daß Sie freie Volksvertreter sind, aber welche Verleugnung der Tatsachen! Wenn Sie Ihrem Herzen folgen dürften, so könnten Sie nicht zustimmen. Sie müssen aber tun, was Ihnen die „Petka“ oder der „Zwischenruf“ anbefiehlt. Ein

freies Männerstum

kann man das wohl ebensowenig nennen können, wie einen Ausdruck der lautersten Demokratie.

Was Sie zu tun im Begriffe stehen, davon können Sie heute die Folgen noch gar nicht absehen und Sie werden schon die Erfahrung machen, daß Sie ein böses Unternehmen angefangen haben. Vergessen Sie nicht daran, daß die Staatsangestellten und Lehrer, wie übrigens alle arbeitenden Schichten der Bevölkerung, die bittere Zeit des Krieges hinter sich haben, eine schwere Leidenszeit, eine Zeit des Hungers, des Glendes, eine Zeit, in der die Schichten, denen Sie jetzt Abzüge an ihren Bezügen vornehmen wollen, Stück um Stück ihres Besitzes an Gab und Gut verkaufen mußten, um ihr Leben zu erhalten. Es ist daher begreiflich, daß eine der ersten Taten der ersten Nationalversammlung nach dem Kriege das Bestreben war, diesen Schichten ein

wenig aufzuhelfen, ihre Verhältnisse den Teuerungsverhältnissen anzupassen und sie nach ihren Leistungen menschenwürdiger zu bezahlen. Die revolutionäre Nationalversammlung hat das Paritätsgesetz beschlossen, die Gleichstellung der Lehrer mit den Beamten, eine Forderung, für welche die Lehrer Jahrzehnte lange gekämpft haben und die sie als wertvolle Errungenschaft betrachteten. Die Nationalversammlung hat auch die Pensionsbeiträge zu Lasten des Staates übernommen und eine Besserung der Bezüge vorgenommen. Aber es ist außer Frage, daß die Regelung lange nicht in ausreichendem Maße erfolgte, daß auch heute nicht die Lehrer und Staatsangestellten ein irgendwie üppiges Leben führen können und daß ihnen auch heute schwere Einschränkungen, Entbehrungen und Sorgen auferlegt sind, wie sie auch noch lange nicht die

furchtbaren Folgen der Kriegszeit

überwunden haben. Das haben auch die Mehrheitsparteien anerkannt und bei der Verhandlung des Antrages Brodecky, Grünzner am 9. November 1920 hat der damalige Finanzminister Dr. Engliš erklärt: „Die Lage der Staatsangestellten ist eine schlechte. Ich muß konstatieren, daß im Vergleich zu anderen Gesellschaftsschichten bei uns, im Vergleich zu den Privatangestellten, es den Staatsangestellten schlecht geht.“ Auch alle Redner der Mehrheitsparteien haben dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß der Staat vorläufig bestrebt ist, zu tun, was möglich ist, daß es aber nicht ausreichend ist, daß das nur eine Abschlagszahlung sei, daß man sich bemüht ist, die Forderungen der Beamten nur zum Teile zu befriedigen und man verträglichste damals die Beamten, daß, wenn es den Staatsfinanzen einigermaßen besser gehen werde, das Uebrige nachholen wolle. In der letzten Zeit war auch viel von der

Stabilisierung der Gehalte

Rede, und die Beamten haben ihre Hoffnungen darauf gesetzt, sie haben eine Anpassung an die Teuerungsverhältnisse erhofft. Statt dessen wird den Staatsangestellten und der Lehrerschaft diese Vorlage gebracht, die ein

Tauschschlag ins Gesicht der Staatsbeamten und Lehrer, eine Verhöhnung, eine Verspottung und auch eine schwere Schädigung ihrer Lebenshaltung bedeuten. Die meisten Gehalte, wenn man sie mit der Kaufkraft des Einkommens der betreffenden Kategorien vor dem Kriege vergleicht, haben noch lange nicht die Höhe erreicht, um den Vorkriegsstand zu erreichen. Manche der Gehalte sind um 400 bis 500, höchstens um 600 Prozent gestiegen, aber viele Bedarfsartikel und Lebensmittel sind um 1500 Prozent gestiegen. Den Beamten, den Angestellten, den Lehrern geht es auch heute nicht so gut, daß es berechtigt wäre, Einschränkungen ihrer Bezüge vorzunehmen. Im letzten Jahre hat sich nichts geändert, die Teuerungsverhältnisse haben keine Milderung erfahren, dennoch nahmen Sie Abzüge vor! Im Motivenbericht des Abgeordnetenhauses zu dieser Vorlage heißt es: „Die große Teuerung, welche die Veranlassung für die Verlängerung dieses Gesetzes, betreffend die außerordentliche und Notaushilfe der Staatsangestellten bis zum 31. Dezember 1921 war, hat nur bei einigen Bedarfsartikeln nachgelassen und es kann bisher nicht vorausgesetzt werden, wann wieder normale Verhältnisse eintreten.“ Das ist das Zugeständnis, daß sich nichts geändert hat. Nach den

Inbezug

haben die Preise anderer Bedarfsartikel sogar eine Steigerung erfahren. Bei mindest gleicher Teuerung will man einen Gehaltsabbau vornehmen. Es ist ungerecht, aber auch nicht vernünftig. Um diesen Gehaltsabbau zu vollziehen, verlegt die Regierungsmehrheit auch das

Paritätsgesetz,

welches für die Lehrer eine wertvolle grundsätzliche Errungenschaft war. Die schädigen damit nicht nur die Lehrerschaft, sondern auch die Schule! Jeder, dem die Erziehung der Kinder eine wertvolle, eine heilige Sache ist, mühte sich mit aller Kraft dagegen wehren, daß eine solche Kürzung vorgenommen

wird, daß die Lehrer wieder in eine drückende Lage versetzt werden, so daß sie vor Sorgen und Kummer sich der Erziehung der Kinder nicht in entsprechender Weise widmen können. Man hält uns entgegen: Alle zahlen Steuer, der Arbeiter, der Gewerksmann, warum sollen nicht auch die Staatsbeamten Steuer zahlen? Wir wissen, die Herren möchten gerne damit diese Schichten gegen uns aufheben. Man möchte gerne dem Gewerksmann und dem Arbeiter einreden, daß wir ein Unrecht verteidigen, ein Privileg für die Staatsangestellten fordern, aber diesen unbegründeten Vorwurf halten wir aus, denn es werden

wohl erworbene Rechte verfehlt, auch sind die Bezüge der Beamten und Bediensteten nicht solche, daß sie eine Heranziehung zu den Pensionsbeiträgen und Steuern vertragen. Es ist auch zu erwägen, ob nicht schon bei der Bemessung dieser Gehalte darauf Rücksicht genommen wurde, daß diese Steuerzahlung zu entfallen hat, ob man nicht schon die Bemessung der Gehalte niedriger vornahm, als man sie vorgenommen hätte, wenn man von den Beamten und Bediensteten auch die Steuer verlangt hätte.

Als Ursache der Maßnahme, die man durchführen will, wird angeführt: Der Staat leidet Not, er befindet sich in großen finanziellen Schwierigkeiten, da das Budget für das nächste Jahr ein

Defizit von 900 Millionen Kronen aufweist. Die Staatsfinanzen sind zerrüttet, aber wenn man daran geht, sie zu sanieren, so muß man auch fragen, wer denn an der Zerrüttung dieser Staatsfinanzen schuld ist! Daß man die Herren von der Mehrheit von der Schuld an dieser Zerrüttung freisprechen könnte, dagegen sprechen die Ziffern und Tatsachen denn doch eine zu lebhaft und eindringliche Sprache. Es ist wahr, wir stehen vor dem Bankrotte. Aber wer soll dafür aufkommen, daß die Mehrheit in dulci júbilo, daß der Staat überhaupt auf einem zu großen Fuß gelebt hat? Sollen das die schlecht bezahlten Kategorien der Lehrer und Beamten tun? Ist denn der Staat eine Sache nur dieser Schichten, da man nur sie zu Opfern heranziehen will! Wenn man sagt: Sparen, so antworten wir: Gewiß, auch wir sind dafür und unsere Arbeit hier in diesem Hause und im Abgeordnetenhause ist dem Bemühen zugewendet, Ihnen begründlich zu machen, daß **so nicht gewirtschaftet werden darf,** daß gespart werden muß, aber das haben Sie nicht getan. Sie haben alle unsere Warnungen überhört, unsere Bedenken nicht beachtet. Daß gespart werden kann, diese Ueberzeugung ist auch bei uns und wir würden Ihnen gerne darin Lehrer sein, wo man und wie man sparen kann. Ich verweise auf die

militärischen Ausgaben, ferner darauf, was jährlich an Hunderten von Millionen beim Kapitel Ministerium des Neuherrn vergeudet wird.

Hier könnte gespart werden, ohne daß man gezwungen wäre, Tausende von Beamten und Lehrern in so schwerer Weise zu schädigen. Ich verweise auf die **Auslandspropaganda,** die Hunderte Personen journalistisch und agitatorisch im Ausland verwendet, um dem Staat nach Außen hin Glanz zu verleihen. Abgesehen davon, daß all das auf die Dauer nichts nützt und die Wahrheit über unsere Verhältnisse sich durchbringen wird, frage ich, was nützt diese Auslandspropaganda? Wie wollen Sie den guten Ruf dieses Staates herstellen, wenn Sie sich zu einer Maßnahme veranlaßt sehen, die sonst meines Wissens

in jedem anderen Staate ganz unmöglich ist. Die Beamten in ihren Bezügen zu schädigen und den Lehrern von ihrem großen Gehalt abzuziehen, das muß den Ruf des Staates im Auslande mehr als alles andere schädigen. Das Gleichgewicht im Staatshaushalt ist sicher eine notwendige Sache, aber daran muß man rechtzeitig denken, nicht erst wenn der

Karren so tief im Sumpfe steht, daß man ratlos dasteht und nicht mehr imstande ist, ihn herauszuziehen.

Wird denn aber überhaupt der Zweck erreicht, den man mit dieser Vorlage erreichen will? Der Zweck soll darin bestehen, das Defizit im Staatshaushalte verschwinden zu lassen. Das Defizit beträgt 900 Millionen. (Sen, Albert Friedrich: „Aber viel mehr!) Das ist das Eingeständene! Die Ersparnisse, die man durch die Kürzung der Beamten- und Lehrerbezüge erzielt, werden auf 180 Millionen Kronen geschätzt, es bleiben also noch immer 700 Millionen Kronen unbedeckt. Der Unterschied fällt nicht so furchtbar in die Waagschale. Aber freilich: Der Ruf im Auslande! Jemand hat der Regierung und den maßgebenden Personen eingeredet, daß es zur

Erlangung eines Kredites, den man braucht und den man merkwürdigerweise nur im Auslande suchen kann, notwendig sei, die zerrütteten Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Aber ich frage: Wird das Vertrauen der ausländischen Kapitalistengruppen zum Staat und seiner Wirtschaft größer sein, weil das Defizit nicht mehr 900, sondern nur mehr 700 Millionen Kronen beträgt? Auch die Kapitalisten im Auslande können rechnen und sie werden kaum zu dem Resultat kom-

men, daß die Staatsfinanzen nun schon vollständig einwandfrei sind. Die Annahme ist gewiß gerechtfertigt, daß mit dieser Maßnahme eigentlich ganz andere Zwecke verfolgt werden. Es hat dies der Abgeordnete Dr. Matouschek in einer Ganzerklärung der Beamtenvereinigungen in Königgrätz eingestanden, wo er gesagt hat, daß **der Herabsetzung der Beamtengelalte eine „moralische“ Bedeutung zukommt.** (Hört! Hört!) Sogar die Moral wird strapaziert. (Senator Link: Aber was für eine Moral!) Die richtet man sich nach Bedarf ein. Jetzt ist es

moralisch, Beamtengelalte zu kürzen! Dr. Matouschek sagt weiter: „In der Pesta war man überzeugt, daß der moralische Einfluß gerade durch die Zustimmung zu diesem Gesetze sehr stark sein wird und der Staat nunmehr rückwärts an die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders in den Lohnkämpfen, herantreten wird.“ (Lebhafte Zwischenrufe: Hört! Hört!) Ähnlich äußern sich die „Narodni Listy“, die gesagt haben: „Es ist selbstverständlich, daß die Gagen nicht allein bleiben können, sondern daß nach ihnen auch andere Schichten an die Reihe kommen werden.“ (Hört! Hört!) Wir sehen, worum es sich handelt. Es geht um einen Anschlag gegen die gesamten arbeitenden Menschen, und was wir vor uns sehen, ist der **Ausfluß der Diktatur der Kapitalistenklasse.** (Lebhafte Zustimmung.) Wir wundern uns, daß auch sozialistische Parteien so verblendet sind, nicht zu erkennen, worum es geht, daß es sich um den Beginn eines allgemeinen Lohnabbaues, um den Druck auf das Einkommen der Arbeiter handelt, um die Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen überhaupt.

Man braucht kein Prophet zu sein, um angesichts all dieser Umstände sagen zu können, daß das, was Sie, meine Herren, zu tun im

Begriffe stehen, für Sie böse Früchte zeitigen wird. Finanzminister Englich hat im Vorjahre gelegentlich der Debatte über die Beamtengelalte erklärt: „Von der Ruhe und Zufriedenheit der Angestellten ist die Ruhe im Staate abhängig.“ Sie ersparen 180 Millionen K durch Schaffung von Sorgen und Missetatungen der Staatsangestellten und Lehrer, was der Staat aber dadurch an Schaden erleiden wird, wird nicht so leicht zu errechnen sein auf dem Papiere, aber sicher wird es ein schwerer Schaden sein, indem Sie die

Arbeitsfreudigkeit dieser geschädigten Menschen herabdrücken werden. Sie kommen mit einer Resolution, die ein Pfaster auf die Wunde, die Sie hier reißen, sein soll, eine Resolution, in der Sie den Preisabbau verlangen und in welcher der Kampf gegen die Teuerung, gegen den Bucher angezündet wird. **Wen wollen Sie mit dieser Resolution täuschen?** Wenn die Erscheinung der Teuerung, — die ja eine Welterschütterung ist, die nicht beschränkt ist auf diesen Staat, — mit einer Resolution zu beseitigen wäre, warum haben Sie denn dann die Resolution nicht schon längst eingebracht? (Seitertel.) Wenn Sie diesen Kampf ankündigen, so ist das nichts als Täuschung,

nichts als Wortemacherei, nichts anderes, als daß Sie zur Grausamkeit, die Sie zu verüben im Begriffe stehen, auch noch den Hohn hinzufügen. (Zustimmung.)

Wir halten die Vorlage für eine schwere soziale Ungerechtigkeit, für ein unerträgliches, verderbliches Mittel, die franke Finanzwirtschaft zu heilen. Wir halten dafür, daß durch die Kürzung der Beamtengelalte im Grunde genommen nur eine Schädigung des Staates erfolgt, durch die Kürzung der Lehrergelalte eine Schädigung der Volksschule und wir werden daher gegen diese Vorlage stimmen und wir werden auch gegen sie wirken. (Zustimmung und anhaltender Beifall.)

Die ungarische Pest in Moskau.

In der ungarischen kommunistischen Emigration, die ihren Sitz in Moskau und Wien hat, ist vor einiger Zeit ein Zwist ausgebrochen, die auch den Kongreß der III. Internationale beschäftigt hat. In Wien erscheint eine Wochenchrift der ungarischen Kommunisten „Proletar“, deren Redaktion und die hinter der Redaktion stehende Parteileitung von der kommunistischen Internationale abgesetzt wurde und auf den Wunsch von Bela Kun wurde mit der Leitung der Bewegung ein Kommunist, Bela Vago betraut. Die neue Leitung hat nun gegen die abgesetzte sehr schwere Anklagen politischer Natur erhoben. Sie wies ihr nach, daß sie eine verbrecherisch-dumme Propaganda in Ungarn betrieb: die Wiener ungarischen Kommunisten gabenschriftlichen heraus, in denen die Anhänger Karl Sabsburgs Horthys angriffen und dann solche, in dem Horthysystem gegen Sabsburg Stimmung machten; einmal verführten sie im Namen der ungarischen Katholiken die Protestanten anzugreifen, ein andermal traten sie als besorgte Protestanten gegen die Baptisten auf. Mit diesen kindischen Streichen wollten sie die einander befehdenden Gruppen der ungarischen Konterrevolution gegen einander hetzen. Sie vergעדeten das ihnen von Moskau zugeworfene Geld für diese Art „Propaganda“, und um deren Glaubwürdigkeit zu erhöhen, schimpften die ungarischen Kommunisten in allen diesen Flugchriften auf „den fluchwürdigen roten Terror“ der Bolschewikenzeit und malten mit grellen Farben die Schändlichkeiten der Diktatur aus. Dabei ließen sie die vielen Tausenden Gefangenen in Horthys Kerker ohne jede Unterstützung verhungern, denn dazu war eben kein Geld da. Alle diese und ähnliche Anklagen wurden gegen die von Moskau Abgesandten von der Seite Bela Kuns, hinter dem Sinowjew und Nadel standen, erhoben.

Nun holt aber die andere Gruppe zu einem vernichtenden Schlag gegen Bela Kun und seine Hintermänner in der 3. Internationale aus und die Dinge, die da enthüllt werden in dem Buche („Die ungarische Pest in Moskau“, von Henrik Ungar. Veritas-Verlag 1921. Leipzig-Zürich-Wien) überrreffen wohl alles, was man bisher an Schändlichkeiten aus der kommunistischen Werkstätte erfahren hat und die Enthüllungen von Levi und des „Vorwärts“ sind harmlose Kindereien diesen Vorgängen gegenüber, die in diesem, von einem ungarischen Kommunisten geschriebenen Buche der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Wie der Streit in der kommunistischen Emigration entstand, darüber berichtet Ungar in seinem Buche:

„Eines Tages erschien Bela Vago, Kuns Vertrauensmann, bei Ladislav Rudas, dem Redakteur des „Proletar“ und teilte ihm mit, daß Bela Kun zweieinhalb Kilogramm seltener Goldmünzen aus Moskau nach Wien geschickt hat, die, wie Kun schrieb, nicht das Eigentum der russischen Sowjetrepublik sind, sondern aus einer früheren Revolution stammen.“ Die Münzen sollen, fuhr Vago fort, auf die Leitung Kuns unter den folgenden Personen gleich verteilt werden: Bela Vago, Ernst Bor (Leiter der Auslandspropaganda während

der ungarischen Diktatur), Ladislav Rudas, Frau Josef Vogan, Frau Bela Kun, Frau Andreas Rudnanskis. Vago forderte Rudas auf, strengste Diskretion zu wahren und bei der Aufstellungszereimonie zu erscheinen; Rudas erstattete aber dem Parteivorstand Bericht und er wurde aufgefordert, das Gold der Partei auszuliefern. Nach mehrmonatigem Hin und Her wurde Vago am 11. Mai aus der Partei ausgeschlossen, Bela Kun aber setzte es in Moskau durch, daß dieser Beschluß annulliert, die das gestohlene Geld für Privatwende nicht annehmen wollten, aus der Parteileitung hinausgeschmissen und der Dieb Vago zum Diktator der kommunistischen Emigration eingesetzt wurde; er und seine Diebgenossen schlossen sich zu der „Fraktion der Parteikonstrukteure“ zusammen. Der Zweck der Fraktion bestand ausschließlich darin, den Goldstand durch Erlangung der Mehrheit innerhalb der Partei zu verunsichern. „Die zur Vereinigung der ungarischen Parteiführer delegierte Sonderkommission führte in Moskau während der Tagung der Dritten Internationale zu einem vollständigen Siege der „Parteikonstrukteure“. Die Frage, ob Kun vom russischen Proletariat zu Privatwende Geld nehmen darf, war damit automatisch besetzt, denn im Wesen handelte sich ja ausschließlich um diese Frage. Die unerlässliche historische Perspektive lieferte hierzu gewohnheitsmäßig Genosse Nadel.“

Bela Kuns ungeheurer Einfluß in der 3. Internationale stützt sich eben auf seine Stellung Nadel und Sinowjew gegenüber, über die in dem Buche zu lesen ist:

„Ich bin auf verschiedene Gerüchte nicht eingegangen. ... Ich habe mich mit der merkwürdigen Allianz Sinowjew-Nadel-Kun nicht eingehender befaßt, vor allem deshalb nicht, weil die Sache mir selbst ein Rätsel ist und ich mich in keine Vermutungen einlassen will. Ich hoffe, daß im Laufe der Zeit Nadel und Sinowjew beweisen werden, daß sie nicht durch solche Bande an Bela Kun geknüpft sind, die zu lösen nicht in ihrem Machtbereich liegt.“ Dies ist wohl eine offene Anspielung darauf, daß Nadel-Sinowjew an den Gaunereien Bela Kuns beteiligt sind oder wenigstens Mitwisser und Mithelfer seiner Taten sind.

Ueber die Machtstellung und auch über die Methoden der kommunistischen „Weltbewegung“ belehrt uns das Buch folgendermaßen: „Der Weg nach Moskau ist jedem donau-europäischen Kommunisten, der nicht zur Kun-Clique gehört, durch eine allzu bewegliche, aber unüberwindliche Stachelndrahtlinie abgeperrt. Die Linie besteht aus der mächtigen „Organisation der rotbestrichenen Kurieren für Ost- und Mitteleuropa“. Der ganze Verbindungsdienst der Dritten Internationale mit Donau-europa steht, mit wenigen Ausnahmen, in unmittelbarem Dienstverhältnis zu Bela Kun. Wie es mit den Verbindungsorganen für die Westländer steht, entzieht sich dem Rahmen dieser Ausführungen. Die Leute, deren sich diese unglückliche Kurierenorganisation bedient, sind in bezug auf Charakter sehr mannigfaltig. Gemeinjamme Züge sind bei ihnen ihr Abstammungsland (das heißt Ungarn) und ihr Bestreben, stets die leichtere und lohnendere Seite der Sache anzufassen. Aus diesem Grunde spezialisieren sie sich in der Kurierenbranche, Abteilungsleiter. In dieser Abteilung werden die **Verrechnungsbegriffe sehr elastisch definiert.** Hier wurde auch die Bewegungsfreiheit der individuellen Ansprüche von allfälligen Ansprüchen der kollektiven Moral am wenigsten behindert. Sie seien denn auch hier nicht allzu sehr gelästert, denn sie haben wirklich keine Ahnung davon, was sie tun, gleichviel ob sie in Livorno die Revolution in Ordnung bringen

oder ob sie in Berlin der deutschen Arbeiterbewegung die Richtlinien geben, oder ob sie in Prag den Elit aller rechtlichaffinen Leute auf sich vereinigen. Sie sind eben nichts mehr als die geliebten Heereslieferanten des Klassenkampfes, geschickte Kriegsgewinner des Bürgerkrieges.“

Getragen von dem Vertrauen der 3. Internationale, umringt von diesen „rotgestrichenen Kurieren“, die die Verbindung zwischen Moskau und der übrigen kommunistischen Welt aufrechterhalten, als Mitglied des Exekutivkomitees, sogar des engeren leitenden Bureaus der 3. Internationale, ist dieser Kun, der dem russischen Proletariat gehöriges Geld zu Privatwende stiehlt, ein außerordentlich mächtiger Mann. Man weiß es heute aus den Mitteilungen des deutschen Staatskommissärs Weisman, daß Kun der eigentliche „Turkstaner“ war, der den mitteldeutschen Butsch anbefohlen und das deutsche Proletariat in das entsetzliche Unglück des Märzputsches hineingetrieben hat! Man weiß es, daß der andere Befehlshaber der „rotgestrichenen Kurieren“, der Ungar Mathias Kofosi der Generalbevollmächtigte der 3. Internationale in Livorno war und die Spaltung der italienischen Arbeiterklasse betrieb. Die kommunistische Bewegung in der Tschechoslowakei stand und steht heute noch unter ihrem Einfluß, alles, was in den vergangenen zwei Jahren zur Zerschlagung der europäischen Arbeiterbewegung unternommen wurde, ist zum guten Teil ihr Werk. Es ist aus diesem Grunde wohl von Interesse zu erfahren, wie dieser mächtige Mann von seinen Parteigenossen charakterisiert wird. Ungar schildert in seinem Buche sehr ausführlich die Rolle Kuns in der ungarischen Diktatur und seine Darstellung entwirft von Bela Kun das Bild eines feigen, auf seine persönliche Sicherheit bedachten, korrupten und anders korumpierenden Mannes. Als die Revolution in Ungarn akut wurde, erschien Kun im Auftrage der werdenden 3. Internationale in Ungarn. Sein Erscheinen erweckte einen geteilten Eindruck. Wie es einem Apostel der Revolution ungarischer Probenienz geziemte, brachte er die frohe Botschaft in ungarischer Sprache mit sich: er ließ fleißig verkünden, daß Geld in Hülle und Fülle da ist, daß jeder, der Revolution machen will, das Recht auf Eigenwohl besitzt... Kun wußte die Einwände der eigentlichen Vertreter des revolutionären Proletariats stets mit dem Prestige von Moskau aus der Welt zu schaffen. Ein Einwand, der etwa die Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbefagens bedeutete hätte, wurde als kleinbürgerliche Nörgerei abgetan. Der Ruf nach reineren Methoden wurde als gegenrevolutionär verschrien. Immer betrieb sich Kun auf Lenin, der das und jenes gesagt oder gar selber getan hätte.“ Jeden Versuch, die kommunistische Partei während der Räteregierung zu reorganisieren, heißt es an einer anderen Stelle, hat Kun im Keime erstickt. Zwei ukrainische Genossen, die er „beschuldigte“, sich in dieser Richtung betätigt zu haben, ließ er in die Donau werfen. (Gewiß, nicht alle Einzelheiten dieses Doppel-mordes sind auch Cristea Kobovskis, dem Vorsitzenden des Rates der ukrainischen Volkskommissäre, bekannt.) Die Anfänge des weißen Terrors in Ungarn reichen also weit vor die Aera Friedrich-Horthys zurück.“

Kun wird in dem Buche sehr eingehend geschildert, wie bei dem Sturz der Diktatur Kun nicht nur das Proletariat, sondern sogar seine engeren Freunde im Stiche ließ und nur auf seine persönliche Sicherheit bedacht war. Aber wohl das Schändlichste von allem ist das folgende Stück:

„Während seiner Internierung in Karstein (Oesterreich) stand er mit Moskau in regem Verkehr und verstand jede andere Verbindung zu hintertreiben. Er hatte die Gewohnheit, am Bauche große Mengen von Diamanten und Ähnliches zu tragen, in der bestimmten Annahme, daß seine Kollegen in der Internierung nichts davon erfahren werden... Inzwischen gerieten die besten Genossen auf den Galgen Horthys, da die paar tausend Kronen fehlten, um ihre damals ungläublich leichte Befreiung zu kaufen. Andere Genossen mußten aus denselben Gründen erstickt und verhungern. Unzählige gerieten ins Konzentrationslager und all dies deswegen, weil der Bauch Kuns sich von den Diamanten nicht scheiden wollte... Endlich wurden ihm durch ganz raffinierte Drohungen einige Stücke geradezu abgepreßt.“

So ist also nach den Schilderungen seines Parteigenossen und eines Eingeweihten der Mann beschaffen, der von den Machthabern von Moskau vorerst auf das ungarische Proletariat losgelassen wurde und nachdem er dieses zugrunde gerichtet hatte, heute im Weltmaßstab mit seinen gewalttätigen und korrupten Praktiken die Arbeiterbewegung in allen Ländern zu verfeuern sucht. Der Verfasser der Schrift meint, daß die „ungarische Pest“, die berüchtigte ungarische Korruption die Moskauer Internationale angesteckt hat und er will Bela Kun als ein „ungarisches Problem“, als etwas, was mit der 3. Inter-

nationale nur in losem Zusammenhang steht, darstellen. Diese Auffassung, bei einem Kommunisten verständlich, ist aber grundfalsch. Die magyarische Korruption ist gewiß sehr groß, aber eine Sache für sich, sie ist die Korruption der feudalen und kapitalistischen Welt. Hier handelt es sich aber um die alles zerfetzende Korruption in der Arbeiterbewegung und sie durch fremdes, unkontrollierbares Geld in die Arbeiterbewegung eingeführt zu haben, ist das ungeheure sittliche Verbrechen an der Arbeiterklasse, das von der 3. Internationale begangen wurde. Nun, ein nichtswürdiger, kleiner Abenteurer, hat durch das „Geld in Hülle und Fülle“, wie der Verfasser selbst sagt, die Revolution in Ungarn „gemacht“ und nur die materiellen Mittel des Sowjetstaates und die politischen der 3. Internationale gestatten es ihm heute, diese schändliche Arbeit weiter

fortzusetzen. Hinter dem Mann mit den Diamanten am Bauche steht Hadel, steht Sinowjew, steht die ganze offizielle Machtoorganisation der 3. Internationale. Daß sich innerhalb dieser Organisationen solche Zustände ausbilden konnten, daß in ihr ein Mann von der „moralischen“ Beschaffenheit dieses Abenteurers eine so einflussreiche Stellung hat erlangen können, spricht ihr das Todesurteil. Denn nun war es, der sich die Diamanten am Bauche angebunden hatte, aber Hadel und Sinowjew waren es, die sie ihm zugesandt hatten. Diamanten am Bauche, seltene Goldmünzen in der Tasche und die Phrasen von der Weltrevolution in dem weitaufergessenen Maul — zu diesem Sinnbilde haben die Herren von Moskau die revolutionäre Arbeiterbewegung erniedrigt!

Rehrens im Senat.

Der Senat hat gestern in zwei Sitzungen die Gesetzesvorlagen, die ihm im letzten Augenblick vom Abgeordnetenhaus zugesandt wurden, in abgekürzten Verfahren erledigt und ist in die Weihnachtserien gegangen. Nach den erbitterten Szenen von Mittwoch verliefen die beiden letzten Sitzungen ruhig. Als einziger Debatteredner meldete sich der deutsche Christlichsoziale Hilgenreiner zu einer sentimental und unwürdigen Beschönigung der gestrigen Vorfälle. Wollte der sich sonst so deutsch gebärende Pfaffe seinen chauvinistischen Amtsbruder Kroiber entschuldigen? Wollte Hilgenreiner mit falscher Weihnachtsmentalität die Tatsache aus der Welt schaffen, daß den armen Lehrern und Staatsbeamten 180 Millionen Kronen als Weihnachtsremuneration abgezogen wurden? Mit diesem Mißklang von Hilgenreiners Weihnachtsglocken und der ansonsten debattierten Annahme einer Anzahl von Gesetzen schloß die letzte Sitzung des Hauses in diesem Jahre.

Die erste Sitzung wurde durch den Präsidenten Prasek um 11 Uhr 45 Minuten eröffnet. Seinem Antrag gemäß erkannte der Senat dem Gesetz über die Abänderung von Strafbestimmungen im Hinblick auf die geänderten Valutaverhältnisse die Dringlichkeit zu. Nach dem Bericht des Sen. Dr. Prochazka wurde diese Gesetzesnovelle in erster und zweiter Lesung angenommen. Nach einer viertelstündigen Unterbrechung wurde der Gesetzentwurf über die Arbeiterkrankenversicherung dem Ausschuss mit einem zehn Minuten langen Termin zugewiesen.

Die zweite Sitzung wurde um 12 Uhr 25 Minuten eröffnet. Es wurde zuerst in zweiter Lesung das Gesetz über die Finanzverwaltung, der Bezirks- und Municipalverwaltungen in der Slowakei und Karpathoruhland genehmigt. Nach dem Bericht des Sen. Falubla über das Gesetz betreffend die Arbeiterkrankenversicherung ergriff Sen. Hilgenreiner (deutsch. Christl. Soz.) das Wort. Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden Prasek, in dem er dem Hause

ein fröhliches Neues Jahr wünscht, wird die Sitzung geschlossen.

In den vorgestrigen Nachsitzen kamen die Genossen Senatoren Löw, Wiechowzki, Rehyl und Jarolim zu Wort:

Genosse Senator Löw

erklärte, er werde für das Unterhaltsbeitragsgesetz stimmen, hoffe aber, daß endlich einmal die Unterhaltsbeiträge in entsprechender Weise geregelt werden.

Genosse Senator Dr. Wiedochowski

bemerkte zum Gesundheitszuschlagsgesetz, daß es eine besondere Art der Geldbeschaffung ist, wenn der Staat zu seinen eigenen Steuern Zuschläge macht. Mit den Grundsätzen der Vorlage ist Redner einverstanden, denn er steht auf dem Standpunkte, daß wegen der eminenten Bedeutung der Krankenhäuser und des Gesundheitswesens für die Bevölkerung Verbesserungen notwendig sind, weshalb er für die Vorlage stimmen wird.

Genosse Senator Rehyl

führt aus, daß wir für die geringen Verbesserungen des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes stimmen und bedauert bloß, daß die Einsicht bei den Mehrheitsparteien nicht größer war. Die Höhe der Unterstützungen sei ungenügend, nicht minder die derzeitige Arbeitslosenversicherung. Redner bespricht die notwendigen Änderungen des Gesetzes, insbesondere soweit sie sich auf die Saisonarbeiter beziehen.

Genosse Senator Jarolim.

sagt bei der Besprechung der Alters- und Invalidengesetzesvorlage, es habe den Anschein, als ob durch Einbringung dieser Vorlage die Sozialversicherung hinausgeschoben werden sollte. Redner gibt einen Ueberblick über die Kämpfe der Arbeiterschaft um die Sozialversicherung im alten Oesterreich und verweist auf die Versicherungen der Regierungen dieses Staates, die viel zu unbestimmt lauteten und es zweifelhaft erscheinen lassen, ob es zur Sozialversicherung überhaupt kommt. Redner ist der Ansicht, daß die beantragten 130 Millionen zur Errichtung des in Frage stehenden Fonds viel zu gering sind. Die deutschen Sozialdemokraten werden für die Vorlage stimmen.

Inland.

Die letzten Weihnachten des allnationalen Ministeriums Benesch. Nach den Vorgängen der letzten Wochen, nach Dr. Raschins und Stribernys Ausscheiden aus der Betka, nach den Sturmjahren im Abgeordnetenhaus und im Senat gegen das Staatsbeamten- und Lehrgesetz und nach allen äußeren Anzeichen sind die Tage oder Wochen des Ministeriums Benesch gezählt. Wir haben schon bei der Ernennung des allnationalen Ministeriums darauf hingewiesen, daß naturgemäß seine inneren Hemmnisse so groß sein werden, daß ihm jede ausgreifende Arbeit versagt sein wird. Das Koalitionsministerium, in dem Konsumenten und Produzenten, Mieter und Hausbesitzer, Arbeiter und Fabrikanten vertreten sind, ist ein naturwidriges Gebilde. Ueber diese Tatsache hilft uns auch eine „Petka“, selbst wenn sie besser funktioniert, als die jetzige, nicht hinweg. Welche Wandlungen hat schon die Mieterschutzvorlage durchgemacht und was ist der Erfolg der diesen Beratungen der Petka? Nur dort, wo die sozialistischen Parteien in der Regierung zu einem Nachgeben entschlossen sind, nur dann, wenn sie sich im Schlepptau der Bürgerlichen befinden, kann die Koalition weiterbestehen. Aber ist das nicht geradezu ein Selbstmord der tschechischen Sozialdemokraten? Kann eine sozialistische Arbeiterpartei auf die Dauer Milliarden für den Militarismus bewilligen und die Dorfschullehrer und Bediensteten des Staates um ihre ohnehin geringen Einkünfte prellen? Schon an dem Tage, als das Staatsbeamtengesetz im Abgeordnetenhaus

beraten wurde, trug sich Dr. Benesch mit Demissionsabsichten. War es ein Zufall, daß Tuzar in diesen Tagen in Prag weilte? Daß Benesch bald geht, ist wahrlich nichts Erschütterndes. An den Tschechen liegt es aber dann, die chronische Staatskrise nicht durch das Flickwerk eines neuen Ministeriums zu verhängern, sondern Frieden zu machen mit den Völkern dieses Staates. Vielleicht ist Tuzar auch in Berlin, dem Prager nationaltschechischen Dünkel entrückt, zur selben Erkenntnis gekommen.

Die nationaldemokratischen Demagogen müssen ihren Wählern Rede stehen. Das Präsidium des Landesausschusses der tschechoslowakischen Nationaldemokratie hielt gestern eine Sitzung ab. Die Abg. Dr. Sulavsky und Dr. Matoušek berichteten, wie das Parteikommuniqué besagt, über die Versammlung der gesamtbeamtenlichen Gewerkschaft der tschechischen Nationaldemokraten und konstatierten, daß die Gewerkschaft sich gegen die Ernennung der Bezüge der Staatsbeamten in einer Zeit aussprach, da sich die Leuerungsverhältnisse noch nicht gebessert haben. Die Lehrgewerkschaft der Partei sprach ihr Bedauern darüber aus, daß mit der Restringierung der Notauschüssen der Lehrer das Paritätsgesetz durchbrochen wurde, dessen Novelle eben die Partei in der revolutionären Nationalversammlung überreicht hatte. Weiters wurden schwere Vorwürfe erhoben, daß mit dem Beschluß des Gesetzes das erworbene Recht der Beamten der Selbstverwaltung übergeben wurde. Aber trotz der Tatsache, daß das Erparungssystem sich an einer Klasse, deren Entlohnung relativ nicht den Lebensverhältnissen entspricht, auswirkt, ist es unerschütterlich, nicht nur

die gegenwärtige Fachorganisation, sondern auch die politische Organisation und ihre Sektionen zu erhalten. Hierauf wurde auf die erwägenswerten Folgen hingewiesen, wenn sie auseinandergerissen, sich der nationalen und kulturellen Arbeit begeben würden, wodurch nicht nur der Nation und dem Staate, sondern auch dem Stande geschadet werden würde. — In der Debatte jedoch kommt doch die Unzufriedenheit mit dem Gesetze zum Ausdruck. Einige Redner forderten Erhöhung der Pension und ein neues besseres Gehaltsystem.

Eine neue Standalaffäre in Karpathoruhland. Jeden Augenblick liest man in den Zeitungen erbauliche Affären aus dem Pashalik Karpathoruhland. Das gestrige nachmittägige „Ceske Slovo“ erzählt eine Geschichte, wonach ein alter österröcherischer Spigel namens Saman, dessen Beschäftigung im Kriege gewesen ist, die Angehörigen der tschechischen Nation der Polizei zu denunzieren, im März 1921 unter dem Namen Dr. Robal zum Polizeikommandanten von Beregszaj ernannt wurde. Der Vizegouverneur von Karpathoruhland Ehrenfried, sowie der Minister des Innern Cerny haben ihm die Namensänderung ermöglicht. Dieser Dr. Robal hat mit höchst eigener Hand die ihm unterstellten Wacheleute geprügelt, sie sodann angeeignet und selbst bestraft. Er soll sodann in einer Bank in Beregszaj einen Diebstahl verübt haben und dafür zu sechs Monaten Kerker verurteilt worden sein. Der Wachehauptmann Sova, der die ganze Geschichte ans Tageslicht gebracht hat, ist aus dem Dienste entlassen worden. Es ist höchste Zeit, daß in Karpathoruhland die Wahlen ausgeschrieben werden, damit die Willkürherrschaft der Bürokratie in diesem unseren „Standalizien“ ein Ende gesetzt werde.

Die pensionierte Lehrer leben. In der Slowakei leben etwa 400 pensionierte Lehrer der ehemaligen konfessionellen Schulen. Trotzdem diese konfessionellen Schulen ihren slowakischen Charakter zur Zeit der magyarischen Herrschaft bewahrt haben, während die übrigen Schulen magyarisiert wurden, erhalten diese Pensionisten jetzt für die geleistete jahrzehntelange Arbeit eine Pension von 40 Kronen monatlich. Um leben zu können, sammeln sie in den Wäldern Reisig und handeln damit in den Städten. Der Anblick dieser Bettler soll herzergreifend sein.

Nichtigstellung. In unserem Berichte über die Rede des Abg. Schäfer (Mittwochnummer des „Sozialdemokrat“) sind zwei Fehler enthalten. Am Anfang soll es heißen „Wir wollen...“ und nicht „wir wollen uns bemühen...“, am Schlusse: — für den Militarismus eine Milliarde mehr“. Das entscheidende Wort „mehr“ war in unserem Berichte weggeblieben.

Deutschbürgerliche Volksvertretung.

Als Mittwoch das Parlament in die Weihnachtserien ging, hätten wir gerne die deutschbürgerlichen Abgeordneten begleitet, um mit ihnen die Viertische zu teilen, an denen sie nun jenen ihrer Wähler, die den Vorzug und die Ehre genießen, ihre Vertreter von Angesicht zu Angesicht zu sehen, bei Becherklang und Gabellirren den umfassenden Rechenschaftsbericht über ihre parlamentarische „Tätigkeit“ geben werden. Diesmal haben sie nicht viel Heldentaten zu erzählen, diesmal kamen sie nicht dazu, für des deutschen Volkes Ehre ohrenbetäubenden Lärm und auf die Pulstüdel zu schlagen — denn in den letzten Wochen ging es ja nur um die Sozialversicherung, um die Arbeitslosenunterstützung, um die Kriegsbeschädigtenfürsorge, um die Krankenversicherung, um die Löhne der Bergarbeiter und um die Gehälter der Staatsangestellten, es ging um die Lebensinteressen der deutschen und der tschechischen Proletarier — und das ist doch kein Anlaß zu politischem Kampf für Deutsch-nationale und Demokraten, für Christlichsoziale und Agrarier! Wir erinnern uns an die aufgeregten Szenen, die von den Deutschbürgerlichen im Parlament veranstaltet wurden, als es um Interessen ging, die allein sie als „böhmisch“ betrachteten. Was spielte sich schon alles im Parlament ab, wenn die Deutschbürgerlichen die Kämpfe des reinen Nationalismus austraten!

Wir hätten gewünscht, daß jener Teil des arbeitenden deutschen Volkes, der die Lodgman und Krepel, die Böhr und Rasta ins Abgeordnetenhaus schickt, zugehört hätte, wie sich diese Herren und Brüder in den letzten Wochen verhielten, als wirklich „böhmische“ Intressen im Parlament verhandelt wurden, als tiefschneidenden sozialen Fragen behandelt wurden, die im Sinne des arbeitenden Volkes zu lösen, die erste Aufgabe jedes gewählten Volksvertreters ist. Alle die sozialen Fragen, um deren Lösung sich die deutschen Sozialdemokraten mit dem Aufwand riesiger Arbeitskraft bemühten und zum Teil doch auch nicht ganz umsonst bemühten, wurden vor Leseren deutschbürgerlichen Wäldern verhandelt. Bei der Besprechung des Staats-

angestelltenengesetzes schickten sie ein paar Redner ins Treffen, die ganz so wie im alten Oesterreich das demagogische Geschäft bürgerlichen Beamtenbeschäftigten betrieben. Zur Beamtenversicherung schwiegen sie sich vollständig aus und nur Herr Kaiser vom Bund der Landwirte vertrat mit viel Lärm die Interessen der Großbauern, wofür ihm und dem parlamentarischen Verband die übrige Wählerschaft sicher reichlich Dank wissen wird. Zum Kredit für die Sozialversicherung, zum Arbeitslosenengesetz machten sie nicht den Mund auf und zum Heil der Kriegsbeschädigten schickten sie den Pfarver mit den rosigen Backen, Herrn Schälzky vor. Es ist charakteristisch, daß die Deutschbürgerlichen bei der Besprechung aller volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetze immer wieder einen Christlichsozialen, den Vater Schälzky zu ihrem Sprecher wählen. Und als das Mieterschutzgesetz verhandelt wurde, riß die ganze Gesellschaft aus, der deutsche parlamentarische Hausbesitzerverband ging schon zwei Stunden vor Schluß der Sitzung in die Weihnachtserien. Welche Freude mögen doch die christlichsozialen und deutschnationalen Mieter gehabt haben, ihre Vertreter so bald auf heimlichem Boden zu empfangen.

Ganz genau so war es im Senat. Dort wurden alle die sozialen Fragen, deren wir oben Erwähnung taten, am letzten Mittwoch verhandelt. Auch dort bewies die Deutschbürgerlichen, die immer vorgeben, alle Klassen zu vertreten, daß sie in Wahrheit nur nationaltschechische und kapitalistische Interessen vertreten. Am Schluß dieser Senatsitzung war von den 32 und 23 deutschbürgerlichen Senatoren nur mehr einer anwesend.

Ob man es wohl als Demagogie bezeichnen darf, wenn diese Leute zu behaupten wagen, daß sie auch die Interessen der deutschen Arbeiter vertreten?

Tages-Neuigkeiten.

Popper-Lynkeus tot.

Ein großer Geist, ein ehrlicher, aufrechter Sozialist mit einem heißen, jugendlichen Herzen und mit kristallklarem Verstand, ist von uns geschieden. Popper-Lynkeus, der praktische Philosoph, der Physiker, der Ingenieur und geist- und seelenvolle Dichter ist 84 Jahre alt gestorben. Es ist schwer, in einigen flüchtigen Zeilen den Inhalt dieses reichen, bedeutenden Lebens auch nur skizzenhaft aufzuzeichnen. Wenn man die Grundforderung seines Lebens aussprechen will, müßte man sagen: Dieser Mann kann ein langes Leben nach, die Menschheit glücklich zu machen. Von tiefster Sittlichkeit ist sein Leben erfüllt, von feurigem Gerechtigkeitsinn und von den Enttäuschungen, die diese Gesellschaftsordnung jedem Revolutionär und Popper-Lynkeus am härtesten bereitet hat.

Seine Wiege stand im Hause eines jüdischen Kleinhändlers in Kolín. Schon seine Jugend begleitete die Not und der Kampf um Lebenserhaltung. Die Not war die Quelle seiner Philosophie. Hier in Prag schluderte sich der arme Student mit Stundengeben erst durch die Oberrealschule und dann durch das Polytechnikum. Mathematik und Physik waren die Gegenstände seines Studiums. Als er mit diesem fertig war, gelang es ihm nicht einmal als Volontär in einer Maschinenfabrik unterzukommen. So schrieb er am Bahnhofe Frachtbriefe und füllte Formulare aus: Popper-Lynkeus, das technische Genie, der Philosoph! Das Schicksal verschlug ihn ins Banat, krank und elend ging er dann nach Wien und wurde Hilfsredakteur in einer Zeitungskorrespondenz und Hauslehrer. Eine technische Erfindung bot ihm endlich Lebensmöglichkeit. Nach diesen Jahren schrieb er sein erstes Werk „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben“, dann eine Abhandlung über die Bedeutung Voltaires, dann eine Studie über Energetik. Die Lynkeus ausübend, erkannte er die Grundfrage der elektrischen Kraftübertragung und der modernen Abiatik. „Lynkeus“ nannte er den Verfasser seiner Essayammlung „Phantasien eines Realisten“. 1905 gab er das „Fundament eines neuen Staatsrechtes“ heraus, 1912 erschien das von sozialistischem, wenn auch nicht dem marxistischen Geist erfüllte Hauptwerk des Denkers „Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage“. Popper-Lynkeus glaubt, die kapitalistische Gesellschaft durch die Pflicht des Staates zu überwinden, für die Ernährung aller seiner Staatsbürger zu sorgen. Er verpflichtet jeden einzelnen Staatsbürger, der Armee der Produzierenden beizutreten. Popper-Lynkeus „Allgemeine Nährpflicht“ hat eine ganze Bibliothek von Schriften für und wieder keinen großartigen Plan hervorgerufen. Wir Marxisten aber sehen in der Sicherung der Nährpflicht nur eines der vielen Mittel zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Doch wenn wir auch in

wird, daß die Lehrer wieder in eine drückende Lage versetzt werden, so daß sie vor Sorgen und Kummer sich der Erziehung der Kinder nicht in entsprechender Weise widmen können. Man hält uns entgegen: Alle zahlen Steuer, der Arbeiter, der Gewerksmann, warum sollen nicht auch die Staatsbeamten Steuer zahlen? Wir wissen, die Herren möchten gerne damit diese Schichten gegen uns aufheben. Man möchte gerne dem Gewerksmann und dem Arbeiter einreden, daß wir ein Unrecht verteidigen, ein Privileg für die Staatsangestellten fordern, aber diesen unbegründeten Vorwurf halten wir aus, denn es werden

wohl erworbene Rechte verlegt,

auch sind die Bezüge der Beamten und Bediensteten nicht solche, daß sie eine Heranziehung zu den Pensionsbeiträgen und Steuern vertragen. Es ist auch zu erwägen, ob nicht schon bei der Bemessung dieser Gehalte darauf Rücksicht genommen wurde, daß diese Steuerzahlung zu entfallen hat, ob man nicht schon die Bemessung der Gehalte niedriger vornahm, als man sie vorgenommen hätte, wenn man von den Beamten und Bediensteten auch die Steuer verlangt hätte.

Als Ursache der Maßnahme, die man durchführen will, wird angeführt: Der Staat leidet Not, er befindet sich in großen finanziellen Schwierigkeiten, da das Budget für das nächste Jahr ein

Defizit von 900 Millionen

Kronen aufweist. Die Staatsfinanzen sind zerrüttet, aber wenn man daran geht, sie zu sanieren, so muß man auch fragen, wer denn an der Zerrüttung dieser Staatsfinanzen schuld ist! Daß man die Herren von der Mehrheit von der Schuld an dieser Zerrüttung freisprechen könnte, dagegen sprechen die Ziffern und Tatsachen denn doch eine zu lebhaft und eindringliche Sprache. Es ist wahr, wir stehen vor dem Bankrotte. Aber wer soll dafür aufkommen, daß die Mehrheit in dulci jubilo, daß der Staat überhaupt auf einem zu großen Fuß gelebt hat? Sollen das die schlecht bezahlten Kategorien der Lehrer und Beamten tun? Ist denn der Staat eine Sache nur dieser Schichten, da man nur sie zu Opfern heranziehen will! Wenn man sagt: Sparen, so antworten wir: Gewiß, auch wir sind dafür und unsere Arbeit hier in diesem Hause und im Abgeordnetenhaus ist dem Bemühen zugewendet, Ihnen begreiflich zu machen, daß

so nicht gewirtschaftet werden darf,

daß gespart werden muß, aber das haben Sie nicht getan. Sie haben alle unsere Warnungen überhört, unsere Bedenken nicht beachtet. Daß gespart werden kann, diese Überzeugung ist auch bei uns und wir würden Ihnen gerne darin Lehrer sein. wo man und wie man sparen kann. Ich verweise auf die

militärischen Aufgaben,

ferner darauf, was jährlich an Hunderten von Millionen beim Kapitel Ministerium des Außereren vergeudet wird.

Hier könnte gespart werden,

ohne daß man gezwungen wäre, Tausende von Beamten und Lehrern in so schwerer Weise zu schädigen. Ich verweise auf die *U.S.L.A.N.D.S.P.R.O.P.A.G.A.N.D.A.*, die Hunderte Personen journalistisch und agitatorisch im Ausland verwendet, um dem Staat nach Außen hin Glanz zu verleihen. Abgesehen davon, daß all das auf die Dauer nichts nützt und die Wahrheit über unsere Verhältnisse sich durchdringen wird, frage ich, was nützt diese Auslandspropaganda? Wie wollen Sie den guten Ruf dieses Staates herstellen, wenn Sie sich zu einer Maßnahme veranlaßt sehen, die sonst meines Wissens

in jedem anderen Staate ganz unmöglich ist. Die Beamten in ihren Bezügen zu schädigen und den Lehrern von ihrem großen Gehalt abzuzuwachen, das muß den Ruf des Staates im Auslande mehr als alles andere schädigen. Das Gleichgewicht im Staatshaushalt ist sicher eine notwendige Sache, aber daran muß man rechtzeitig denken, nicht erst wenn der

Karren so tief im Sumpfe steckt,

daß man ratlos dasteht und nicht mehr imstande ist, ihn herauszuziehen.

Wird denn aber überhaupt der Zweck erreicht, den man mit dieser Vorlage erreichen will? Der Zweck soll darin bestehen, das Defizit im Staatshaushalte verschwinden zu lassen. Das Defizit beträgt 900 Millionen. (Sen. Albert Friedrich: „Aber viel mehr!“) Das ist das Eingeständene! Die Ersparnisse, die man durch die Kürzung der Beamten- und Lehrbezüge erzielt, werden auf 180 Millionen Kronen geschätzt, es bleiben also noch immer 700 Millionen Kronen unbedeckt. Der Unterschied fällt nicht so furchtbar in die Waagschale. Aber freilich: Der Ruf im Auslande! Jemand hat der Regierung und den maßgebenden Personen eingeredet, daß es zur

Erlangung eines Kredites,

den man braucht und den man merkwürdigerweise nur im Auslande suchen kann, notwendig sei, die zerrütteten Staatsfinanzen in Ordnung zu bringen. Aber ich frage: Wird das Vertrauen der ausländischen Kapitalistengruppen zum Staat und seiner Wirtschaft größer sein, weil das Defizit nicht mehr 900, sondern nur noch 700 Millionen Kronen beträgt? Auch die Kapitalisten im Auslande können rechnen und sie werden kaum zu dem Resultat kom-

men, daß die Staatsfinanzen nun schon vollständig einwandfrei sind.

Die Annahme ist gewiß gerechtfertigt, daß mit dieser Maßnahme eigentlich ganz andere Zwecke verfolgt werden. Es hat dies der Abgeordnete Dr. Matouschek in einer Gauversammlung der Beamtenvereinigungen in Königgrätz eingestanden, wo er gesagt hat, daß der Herabsetzung der Beamtengehalte eine „moralische“ Bedeutung zukommt. (Hört! Hört!) Sogar die Moral wird strapaziert. (Senator Linz: Aber was für eine Moral!) Die richtet man sich nach Bedarf ein. Jetzt ist es

moralisch, Beamtengehalte zu kürzen!

Dr. Matouschek sagt weiter: „In der Restauration war man überzeugt, daß der moralische Einfluß gerade durch die Zustimmung zu diesem Besche sehr stark sein wird und der Staat nunmehr rüchloslos an die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse, besonders in den Lohnkämpfen, heranzutreten wird.“ (Lebhafte Zwischenrufe: Hört! Hört!) Ähnlich äußern sich die „Narodni Listy“, die gesagt haben: „Es ist selbstverständlich, daß die Gagini nicht allein bleiben können, sondern daß nach ihnen auch andere Schichten an die Reihe kommen werden. (Hört! Hört!) Wir sehen, worum es sich handelt. Es geht um einen Anschlag gegen die gesamten arbeitenden Menschen, und was wir vor uns sehen, ist der Ausfluß der Diktatur der Kapitalistenklasse. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wundern uns, daß auch sozialistische Parteien so verblendet sind, nicht zu erkennen, worum es geht, daß es sich um den Beginn eines allgemeinen Lohnabbaues, um den Druck auf das Einkommen der Arbeiter handelt, um die Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen überhaupt.“

Man braucht kein Prophet zu sein, um angesichts all dieser Umstände sagen zu können, daß das, was Sie, meine Herren, zu tun im

Begriffe stehen, für Sie böse Früchte zeitigen wird. Finanzminister Engliš hat im Vorjahre gelegentlich der Debatte über die Beamtengehalte erklärt: „Von der Ruhe und Zufriedenheit der Angestellten ist die Ruhe im Staate abhängig.“ Sie ersparen 180 Millionen Kronen durch Herabsetzung der Sorgen und Mühseligkeiten der Staatsangestellten und Lehrer, was der Staat aber dadurch an Schaden erleiden wird, wird nicht so leicht zu errechnen sein auf dem Papiere, aber sicher wird es ein schwerer Schaden sein, indem Sie die

Arbeitsfreudigkeit dieser geschädigten Menschen herabdrücken werden. Sie kommen mit einer Resolution, die ein Plaster auf die Wunde, die Sie hier reißen, sein soll, eine Resolution, in der Sie den Preisabbau verlangen und in welcher der Kampf gegen die Teuerung, gegen den Bucher angekündigt wird. Wen wollen Sie mit dieser Resolution täuschen? Wenn die Erscheinung der Teuerung, — die ja eine Welterscheinung ist, die nicht beschränkt ist auf diesen Staat, — mit einer Resolution zu beseitigen wäre, warum haben Sie denn dann die Resolution nicht schon längst eingebracht? (Seitertel.) Wenn Sie diesen Kampf ankündigen, so ist das nichts als Täuschung,

nichts als Wortemacherei,

nichts anderes, als daß Sie zur Grausamkeit, die Sie zu verüben im Begriffe stehen, auch noch den Hohn hinzufügen. (Zustimmung.)

Wir halten die Vorlage für eine schwere soziale Ungerechtigkeit, für ein unerträgliches, verderbliches Mittel, die kranke Finanzwirtschaft zu heilen. Wir halten dafür, daß durch die Kürzung der Beamtengehalte im Grunde genommen nur eine Schädigung des Staates erfolgt, durch die Kürzung der Lehrergehälte eine Schädigung der Volkstutur und wir werden daher gegen diese Vorlage stimmen und wir werden auch gegen sie wirken. (Zustimmung und anhaltender Beifall.)

Die magyarische Pest in Moskau.

In der magyarischen kommunistischen Emigration, die ihren Sitz in Moskau und Wien hat, ist vor einiger Zeit ein Zwist ausgebrochen, die auch den Kongreß der III. Internationale beschäftigt hat. In Wien erscheint eine Wochenschrift der magyarischen Kommunisten „Proletar“, deren Redaktion und die hinter der Redaktion stehende Parteileitung von der kommunistischen Internationale abgesetzt wurde und auf den Wunsch von Bela Kun wurde mit der Leitung der Bewegung ein Kommunist, Bela Vago betraut. Die neue Leitung hat nun gegen die abgesetzte sehr schwere Anklagen politischer Natur erhoben. Sie wies ihr nach, daß sie eine verbrecherisch-dumme Propaganda in Ungarn betrieb; die Wiener ungarischen Kommunisten gaben Flugschriften heraus, in denen die Anhänger Karl Sabburgs Horthy angriffen und dann solche, in dem Horthyssystem gegen Sabburg Stimmung machten; einmal versuchten sie im Namen der ungarischen Katholiken die Protestanten anzugreifen, ein andermal traten sie als besorgte Protestanten gegen die Papisten auf. Mit diesen kindischen Streichen wollten sie die einander befehdenden Gruppen der ungarischen Konterrevolution gegen einander hegen. Sie vergeudeten das ihnen von Moskau zugeworfene Geld für diese Art „Propaganda“, und um deren Glaubwürdigkeit zu erhöhen, schimpften die ungarischen Kommunisten in allen diesen Flugschriften auf „den fluchwürdigen roten Terror“ der Volkshilfszeit und malten mit grellen Farben die Schändlichkeiten der Diktatur aus. Dabei ließen sie die vielen Tausenden Gefangenen in Horthys Kerker ohne jede Unterstützung verhungern, denn dazu war eben kein Geld da. Alle diese und ähnliche Anklagen wurden gegen die von Moskau Abgesandten von der Seite Bela Kuns, hinter dem Sinowjew und Nadel standen, erhoben.

Nun holt aber die andere Gruppe zu einem vernichtenden Schlag gegen Bela Kun und seine Hintermänner in der 3. Internationale aus und die Dinge, die da enthüllt werden in dem Buche („Die magyarische Pest in Moskau“, von Henrik Ungar. Veritas-Verlag 1921. Leipzig-Zürich-Wien) übertreffen wohl alles, was man bisher an Schändlichkeiten aus der kommunistischen Werkstätte erfahren hat und die Enthüllungen von Levi und des „Vorwärts“ sind harmlose Kinderreien diesen Vorgängen gegenüber, die in diesem, von einem ungarischen Kommunisten geschriebenen Buche der Deffentlichkeit mitgeteilt werden. Wie der Streit in der kommunistischen Emigration entstand, darüber berichtet Ungar in seinem Buche:

„Eines Tages erschien Bela Vago, Kun's Vertrauensmann, bei Ladislav Rudas, dem Redakteur des „Proletar“ und teilte ihm mit, daß Bela Kun zweieinhalb Kilogramm seltener Goldmünzen aus Moskau nach Wien geschickt hat, die, wie Kun schrieb, „nicht das Eigentum der russischen Sowjetrepublik sind, sondern aus einer früheren Requisition stammen.“ Die Münzen sollen, fuhr Vago fort, auf die Rechnung Kuns unter den folgenden Personen gleich verteilt werden: Bela Vago, Ernst Por (Leiter der Auslandspropaganda während

der ungarischen Diktatur), Ladislav Rudas, Frau Josef Vogan, Frau Bela Kun, Frau Andreas Rudasowsky. Vago forderte Rudas auf, strengste Diskretion zu wahren und bei der Aufstellung Jeremone zu erscheinen; Rudas erstattete aber dem Parteivorstand Bericht und er wurde aufgefordert, das Gold der Partei auszuliefern. Nach mehmonatigem Ein und Her wurde Vago am 11. Mai aus der Partei ausgeschlossen, Bela Kun aber setzte es in Moskau durch, daß dieser Beschluß annulliert, die das gestohlene Geld für Privatwende nicht annehmen wollten, aus der Parteileitung hinausgeschmissen und der Dieb Vago zum Diktator der kommunistischen Emigration eingesetzt wurde; er und seine Diebsgenossen schlossen sich zu der „Fraktion der Parteikonstrukteure“ zusammen. Der Zweck der Fraktion bestand ausschließlich darin, den Goldskandal durch Erlangung der Mehrheit innerhalb der Partei zu verurteilen. ... Die zur Vereinnahmung der ungarischen Parteiirre delegierte Sonderkommission führte in Moskau während der Tagung der Dritten Internationale zu einem vollständigen Siege der „Parteikonstrukteure“. Die Frage, ob Kun vom russischen Proletariat zu Privatwende Geld stehlen darf, war damit automatisch besetzt, denn im Wesen handelte sich ja ausschließlich um diese Frage. Die unerlässliche historische Perspektive lieferte hierzu gewohnheitsmäßig Genosse Nadel.“

Bela Kuns ungeheurer Einfluß in der 3. Internationale stützt sich eben auf seine Stellung Nadel und Sinowjew gegenüber, über die in dem Buche zu lesen ist:

„Ich bin auf verschiedene Gerüchte nicht eingegangen. ... Ich habe mich mit der merkwürdigen Allianz Sinowjew-Nadel-Kun nicht eingehender befaßt, vor allem deshalb nicht, weil die Sache mir selbst ein Rätsel ist und ich mich in keine Vermutungen einlassen will. Ich hoffe, daß im Laufe der Zeit Nadel und Sinowjew beweisen werden, daß sie nicht durch solche Bande an Bela Kun geknüpft sind, die zu lösen nicht in ihrem Machtbereich liegt.“

Dies ist wohl eine offene Anspielung darauf, daß Nadel-Sinowjew an den Gaunerien Bela Kuns beteiligt sind oder wenigstens Mitwisser und Mithelfer seiner Taten sind.

Ueber die Machtstellung und auch über die Methoden der kommunistischen „Weltbewegung“ belehrt uns das Buch folgendermaßen:

„Der Weg nach Moskau ist jedem donau-europäischen Kommunisten, der nicht zur Runkel-Clique gehört, durch eine allzu bewegliche, aber undurchdringliche Stacheldrahtlinie abgeperrt. Die Linie besteht aus der mächtigen „Organisation der rotbestrichenen Kurieren für Ost- und Mitteleuropa“. Der ganze Verbindungsdiens der Dritten Internationale mit Donauropa steht, mit wenigen Ausnahmen, in unmittelbarem Dienstverhältnis zu Bela Kun. Wie es mit den Verbindungsorganen für die Westländer steht, entzieht sich dem Rahmen dieser Ausführungen. Die Leute, deren sich diese Runkel-Kurierorganisation bedient, sind in bezug auf Charakter sehr mannigfaltig. Gemeinjamme Bioge sind bei ihnen ihr Abstammungsland (das heißt Ungarn) und ihre Bestreben, stets die leichtere und lohnendere Seite der Sache anzufassen. Aus diesem Grunde spezialisieren sie sich in der Kurierbranche, Abreitung Kun. In dieser Abteilung werden die Verrechnungsbegriffe sehr elastisch definiert. Hier wurde auch die Bewegungsfreiheit der individuellen Ansprüche von allfälligen Ansprüchen der kollektiven Moral am wenigsten behindert. Sie seien denn auch hier nicht allzu sehr gestiftet, denn sie haben wirklich keine Ahnung davon, was sie tun, gleichviel ob sie in Livorno die Revolution in Ordnung bringen

oder ob sie in Berlin der deutschen Arbeiterbewegung die Richtlinien geben, oder ob sie in Prag den Stiel aller rechtshaffenen Leute auf sich vereinigen. Sie sind eben nichts mehr als die geliebten Herceleslieferanten des Kaiserreiches, geschickte Kriegsgewinner des Weltkrieges.“

Getragen von dem Vertrauen der 3. Internationale, umringt von diesen „rotgestrichenen Kurieren“, die die Verbindung zwischen Moskau und der übrigen kommunistischen Welt aufrechterhalten, als Mitglied des Exekutivkomitees, sogar des engeren leitenden Bureaus der 3. Internationale, ist dieser Kun, der dem russischen Proletariat gehöriges Geld zu Privatwende stiehlt, ein außerordentlich mächtiger Mann. Man weiß es heute aus den Mitteilungen des deutschen Staatskommissärs Weisman, daß Kun der eigentliche „Turkstaner“ war, der den mitteldeutschen Putz anbeholden und das deutsche Proletariat in das entsetzliche Unglück des Märzputsches hineingetrieben hat! Man weiß es, daß der andere Befehlshaber der „rotgestrichenen Kuriere“, der Ungar Mathias Kofosi der Generalsekretär mächtigte der 3. Internationale in Livorno war und die Spaltung der italienischen Arbeiterklasse betrieb. Die kommunistische Bewegung in der Tschechoslowakei stand und steht heute noch unter ihrem Einfluß, alles, was in den vergangenen zwei Jahren zur Zerschlagung der europäischen Arbeiterbewegung unternommen wurde, ist zum guten Teil ihr Werk. Es ist aus diesem Grunde wohl von Interesse zu erfahren, wie dieser mächtige Mann von seinen Parteigenossen charakterisiert wird. Ungar schildert in seinem Buche sehr ausführlich die Rolle Kuns in der ungarischen Diktatur und seine Darstellung entwirft von Bela Kun das Bild eines feigen, auf seine persönliche Sicherheit bedachten, korrupten und anders korumpierenden Mannes. Als die Revolution in Ungarn akut wurde, erschieden Kun im Auftrage der werdenden 3. Internationale in Ungarn. Sein Erscheinen erweckte einen geteilten Eindruck. Wie es einem Apostel der Revolution magyarischer Provenienz geziemt, brachte er die frohe Botschaft in magyarischer Lesart mit sich: er ließ fleißig veröffentlichen, daß Geld in Hülle und Fülle da ist, daß jeder, der Revolution machen will, das Recht auf Eigentum besitzt. ... Kun wußte die Einwände der eigentlichen Vertreter des revolutionären Proletariats stets mit dem Prestige von Moskau aus der Welt zu schaffen. Ein Einwand, der etwa die Beeinträchtigung des körperlichen Wohlbehagens bedeutete hätte, wurde als kleinbürgerliche Nörgerei abgetan. Der Ruf nach reinen Methoden wurde als gegenrevolutionär verdrängt. Immer berief sich Kun auf Lenin, der das und jenes gesagt oder gar selber getan hätte.“ Jeden Versuch, die kommunistische Partei während der Diktatur zu reorganisieren, heißt es an einer anderen Stelle, hat Kun im Keime erstickt. Zwei ukrainische Genossen, die er „beschuldigte“, sich in dieser Richtung betätigt zu haben, ließ er in die Donau werfen. (Gewiß, nicht alle Einzelheiten dieses Doppel-mordes sind auch Christea Kofowsky, dem Vorsitzenden des Rates der ukrainischen Volkskommissäre, bekannt.) Die Anfänge des wichen Terrors in Ungarn reichen also weit vor die Aera Friedrich-Horthy zurück.“

Nun wird in dem Buche sehr eingehend geschildert, wie bei dem Sturze der Diktatur Kun nicht nur das Proletariat, sondern sogar seine engeren Freunde im Stiche ließ und nur auf seine persönliche Sicherheit bedacht war. Aber wohl das Schändlichste von allem ist das folgende Stück:

„Während seiner Internierung in Karstein (Österreich) stand er mit Moskau in regem Verkehr und verstand jede andere Verbindung zu hintertreiben. Er hatte die Gewohnheit, am Tage große Mengen von Diamanten und Ähnliches zu tragen, in der bestimmten Annahme, daß seine Kollegen in der Internierung nichts davon erfahren werden. ... Inzwischen gerieten die besten Genossen auf den Galgen Horthys, da die paar tausend Kronen fehlten, um ihre damals unglaublich leichte Befreiung zu erkaufen. Andere Genossen mußten aus denselben Gründen erfrieren und verhungern. Unzählige gerieten ins Konzentrationslager und alldies deswegen, weil der Bauch Kuns sich von den Diamanten nicht scheiden wollte. ... Endlich wurden ihm durch ganz raffinierte Drohungen einige Stücke geradezu abgepreßt.“

So ist also nach den Schilderungen seines Parteigenossen und eines Eingeweihten der Mann beschaffen, der von den Machthabern von Moskau vorerst auf das ungarische Proletariat losgelassen wurde und nachdem er dieses zugrunde gerichtet hatte, heute im Weltmaßstab mit seinen gewalttätigen und korrupten Praktiken die Arbeiterbewegung in allen Ländern zu verfeuern sucht. Der Verfasser der Schrift meint, daß die „magyarische Pest“, die berüchtigte magyarische Korruption die Moskauer Internationale angesteckt hat und er will Bela Kun als ein „magyarisches Problem“, als etwas, was mit der 3. Inter-

nationale nur in losem Zusammenhang steht, darstellen. Diese Auffassung, bei einem Kommunisten verständlich, ist aber grundfalsch. Die magyrische Korruption ist gewiß sehr groß, aber eine Sache für sich, sie ist die Korruption der feudalen und kapitalistischen Welt. Hier handelt es sich aber um die alles zersetzende Korruption in der Arbeiterbewegung und sie durch fremdes, unkontrollierbares Geld in die Arbeiterbewegung eingeführt zu haben, ist das ungeheure sittliche Verbrechen an der Arbeiterklasse, das von der 3. Internationale bezeugen wurde. Nun, ein nichtswürdiger, kleiner Abenteuerer, hat durch das „Geld in Hülle und Fülle“, wie der Verfasser selbst sagt, die Revolution in Ungarn „gemacht“ und nur die materiellen Mittel des Sowjetstaates und die politischen der 3. Internationale gestatten es ihm heute, diese schändliche Arbeit weiter

fortzusetzen. Hinter dem Mann mit den Diamanten am Bauch steht Nadel, steht Sinowjew, steht die ganze offizielle Machtorganisation der 3. Internationale. Daß sich innerhalb dieser Organisationen solche Zustände ausbilden konnten, daß in ihr ein Mann von der „moralischen“ Beschaffenheit dieses Abenteuerers eine so einflussreiche Stellung hat erlangen können, spricht ihr das Todesurteil. Denn nun war es, der sich die Diamanten am Bauch angebunden hatte, aber Nadel und Sinowjew waren es, die sie ihm zugeschickt hatten. Diamanten am Bauch, seltene Goldmünzen in der Tasche und die Phrasen von der Weltrevolution in dem weitaufergessenen Maul — zu diesem Sinnbilde haben die Herren von Moskau die revolutionäre Arbeiterbewegung erniedrigt!

die gegenwärtige Fachorganisation, sondern auch die politische Organisation und ihre Sektionen zu erhalten. Hierauf wurde auf die erwägenswerten Folgen hingewiesen, wenn sie auseinandergerissen, sich der nationalen und kulturellen Arbeit begeben würden, wodurch nicht nur der Nation und dem Staate, sondern auch dem Stände geschadet werden würde. — In der Debatte jedoch kommt doch die Unzufriedenheit mit dem Gesetze zum Ausdruck. Einige Redner forderten Erhöhung der Pension und ein neues besseres Gehaltssystem.

Eine neue Skandalaffäre in Karpathorhland. Jeden Augenblick liest man in den Zeitungen erbauende Affären aus dem Pashalik Karpathorhland. Das gestrige nachmittägige „Ceste Slovo“ erzählt eine Geschichte, wonach ein alter österreichischer Spitzel namens S a m a n n, dessen Beschäftigung im Kriege gewesen ist, die Angehörigen der tschechischen Nation der Polizei zu denunzieren, im März 1921 unter dem Namen Dr. N o b a l zum Polizeikommandanten von Beregszsa ernannt wurde. Der Vizegouverneur von Karpathorhland Ehrenfried, sowie der Minister des Inneren Cerny haben ihm die Namensänderung ermöglicht. Dieser Dr. Nobal hat mit höchst eigener Hand die ihm unterstellten Wacheleute geprügelt, sie sodann angezeigt und selbst bestraft. Er soll sodann in einer Bank in Beregszsa einen Diebstahl verübt haben und dafür zu sechs Monaten Kerker verurteilt worden sein. Der Wachmann Soba, der die ganze Geschichte ans Tageslicht gebracht hat, ist aus dem Dienste entlassen worden. Es ist höchste Zeit, daß in Karpathorhland die Wahlen ausgeschriebe werden, damit die Willkürherrschaft der Bürokratie in diesem unferen „Standalizien“ ein Ende gesetzt werde.

Wie pensionierte Lehrer leben. In der Slowakei leben etwa 400 pensionierte Lehrer der ehemaligen konfessionellen Schulen. Trotzdem diese konfessionellen Schulen ihren slowakischen Charakter zur Zeit der magyrischen Herrschaft bewahrt haben, während die übrigen Schulen magyrisiert wurden, erhalten diese Pensionisten jetzt für die geleistete jahrzehntelange Arbeit eine Pension von 40 Kronen monatlich. Um leben zu können, sammeln sie in den Wäldern Reisig und handeln damit in den Städten. Der Anblick dieser Bettler soll herzergreifend sein.

Nichtigstellung. In unserem Berichte über die Rede des Abg. S c h ä f e r (Mittwochnummer des „Sozialdemokrat“) sind zwei Fehler enthalten. Am Anfang soll es heißen „Wir wollen . . .“ und nicht „wir wollen uns bemühen . . .“, am Schlusse: — für den Militarismus eine Milliarde mehr“. Das entscheidende Wort „mehr“ war in unserem Berichte weggeblieben.

Deutschbürgerliche Volksvertretung.

Als Mittwoch das Parlament in die Weihnachtsferien ging, hätten wir gerne die deutschbürgerlichen Abgeordneten begleitet, um mit ihnen die Bitterkeit zu teilen, an denen sie nun jenen ihrer Wähler, die den Vorzug und die Ehre genießen, ihre Vertreter von Angesicht zu Angesicht zu sehen, bei Becherlang und Gabelklingen den umfassenden Rechenschaftsbericht über ihre parlamentarische „Tätigkeit“ geben werden. Diesmal haben sie nicht viel Helidentaten zu erzählen, diesmal kamen sie nicht dazu, für des deutschen Volkes Ehre ohrenbetäubenden Lärm und auf die Pultdeckel zu schlagen — denn in den letzten Wochen ging es ja nur um die Sozialversicherung, um die Arbeitslosenunterstützung, um die Kriegsbeschädigtenfürsorge, um die Krankenversicherung, um die Löhne der Bergarbeiter und um die Gehälter der Staatsangestellten, es ging um die Lebensinteressen der deutschen und der tschechischen Proletarier — und das ist doch kein Anlaß zu politischem Kampf für Deutsch-nationale und Demokraten, für Christlich-sozial und Agrarier! Wir erinnern uns an die aufgeregten Szenen, die von den Deutschbürgerlichen im Parlament veranstaltet wurden, als es um Interessen ging, die allein sie als „völkisch“ betrachten. Was spielte sich schon alles im Parlament ab, wenn die Deutschbürgerlichen, die Kämpen des reinen Nationalismus, auftraten!

Wir hätten gewünscht, daß jener Teil des arbeitenden deutschen Volkes, der die Lodgman und Krepel, die Böhre und Kassa ins Abgeordnetenhaus schickte, zugehört hätte, wie sich diese Herren und Brüder in den letzten Wochen verhielten, als wirklich „völkische“ Intressen im Parlament verhandelt wurden, als die tief einschneidenden sozialen Fragen behandelt wurden, die im Sinne des arbeitenden Volkes zu lösen, die erste Aufgabe jedes gewählten Volksvertreters ist. Alle die sozialen Fragen, um deren Lösung sich die deutschen Sozialdemokraten mit dem Aufwand riesiger Arbeitskraft bemühten und zum Teil doch auch nicht ganz umsonst bemühten, wurden von diesen deutschbürgerlichen Vätern verhandelt. Bei der Besprechung des Staats-

angeleitengesetzes schickten sie ein paar Redner ins Treffen, die ganz so wie im alten Oesterreich das demagogische Geschäft bürgerlichen Beamtenbeschutes betrieben. Zur Beamtenversicherung schwiegen sie sich vollständig aus und nur Herr Kaiser vom Bund der Landwirte vertrat mit viel Lärm die Interessen der Großbauern, wofür ihm und dem parlamentarischen Verband die übrige Wählerschaft sicher reichlich Dank wissen wird. Zum Kredit für die Sozialversicherung, zum Arbeitslosengesetz machten sie nicht den Mund auf und zum Heil der Kriegsbeschädigten schickten sie den Vertreter mit den rosigroten Backen, Herrn S c h ä f e r vor. Es ist charakteristisch, daß die Deutschbürgerlichen bei der Besprechung aller volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetze immer wieder einen Christlichsozialen, den Vater Schälzky zu ihrem Sprecher wählten. Und als das Mieterschutzgesetz verhandelt wurde, riß die ganze Gesellschaft aus, der deutsche parlamentarische Hausherrenverband ging schon zwei Stunden vor Schluß der Sitzung in die Weihnachtsferien. Welche Freude mögen doch die christlichsozialen und deutschnationalen Mieter gehabt haben, ihre Vertreter so bald auf heimatlichem Boden zu empfangen.

Ganz genau so war es im Senat. Dort wurden alle die sozialen Fragen, deren wir oben Erwähnung taten, am letzten Mittwoch verhandelt. Auch dort bewiesen die Deutschbürgerlichen, die immer vorgeben, alle Klassen zu vertreten, daß sie in Wahrheit nur nationalstische und kapitalistische Interessen vertreten. Am Schluß dieser Senatsitzung war von den zwanzig deutschbürgerlichen Senatoren nur mehr einer anwesend.

Ob man es wohl als Demagogie bezeichnen darf, wenn diese Leute zu behaupten wagen, daß sie auch die Interessen der deutschen Arbeiter vertreten?

Tages-Neuigkeiten.

Popper-Lynkeus tot.

Ein großer Geist, ein ehrlicher, aufrecht Sozialist mit einem heißen, jugendlichen Herzen und mit kristallklarem Verstand, ist von uns geschieden. Popper-Lynkeus, der praktische Philosoph, der Physiker, der Ingenieur und geist- und seelenvolle Dichter ist 84 Jahre alt gestorben. Es ist schwer, in einigen flüchtigen Zeilen den Inhalt dieses reichen, bedeutamen Lebens auch nur skizzenhaft aufzuzeichnen. Wenn man die Grundforderung seines Lebens aussprechen will, müßte man sagen: Dieser Mann sann ein langes Leben nach, die Menschheit glücklich zu machen. Von tiefster Sittlichkeit ist sein Leben erfüllt, von feurigem Gerechtigkeitssinn und von den Enttäuschungen, die diese Gesellschaftsordnung jedem Revolutionär und Popper-Lynkeus am härtesten bereitet hat.

Seine Wiege stand im Hause eines jüdischen Kleinhändlers in Kolin. Schon seine Jugend begleitete die Not und der Kampf um Lebens-erhaltung. Die Not war die Quelle seiner Philosophie. Hier in Prag schluderte sich der arme Student mit Stundengebühren durch die Oberrealschule und dann durch das Polytechnikum. Mathematik und Physik waren die Gegenstände seines Studiums. Als er mit diesem fertig war, gelang es ihm nicht einmal als Volontär in einer Maschinenfabrik unterzukommen. So schrieb er am Bahnhofe Frachtbriefe und füllte Formulare aus: Popper-Lynkeus, das technische Genie, der Philosoph! Das Schicksal verführte ihn ins Banat, krank und elend ging er dann nach Wien und wurde Hilfsredakteur in einer Zeitungskorrespondenz und Hauslehrer. Eine technische Erfindung bot ihm endlich Lebensmöglichkeit. Nach diesen Jahren schrieb er sein erstes Werk „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben“, dann eine Abhandlung über die Bedeutung Voltaires, dann eine Studie über Energetik. Wie Lynkeus aussähen, erkannte er die Grundlage der elektrischen Kraftübertragung und der modernen Aviatik. „Lynkeus“ nannte er den Verfasser seiner Essayammlung „Phantasien eines Realisten“. 1905 gab er das „Fundament eines neuen Staatsrechtes“ heraus, 1912 erschien das sozialistische, wenn auch nicht dem marxistischen Geist erfüllte Hauptwerk des Denkers „Die allgemeine Nährpflicht als Lösung der sozialen Frage“. Popper-Lynkeus glaubt, die kapitalistische Gesellschaft durch die Pflicht des Staates zu überwinden, für die Ernährung aller seiner Staatsbürger zu sorgen. Er verpflichtet jeden einzelnen Staatsbürger, der Arme der Produzierenden beizutreten. Popper-Lynkeus „Allgemeine Nährpflicht“ hat eine ganze Bibliothek von Schriften für und wider seinen großartigen Plan hervorgebracht. Wir Marxisten aber setzen in der Statuierung der Nährpflicht nur eines der vielen Mittel zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Doch wenn wir auch in

Rehrens im Senat.

Der Senat hat gestern in zwei Sitzungen die Gesetzesvorlagen, die ihm im letzten Augenblick vom Abgeordnetenhaus zugesandt wurden, in abgekürzten Verfahren erledigt und ist in die Weihnachtsferien gegangen. Nach den erbitterten Szenen von Mittwoch verließen die beiden letzten Sitzungen ruhig. Als einziger Debatteredner meldete sich der deutsche Christlichsoziale Hilgenreiner zu einer sentimental und unwürdigen Beschönigung der gestrigen Vorfälle. Wollte der sich sonst so deutsch gehörende Pfaffe seinen chaubinistischen Amtsbruder Kroiber entschuldigen? Wollte Hilgenreiner mit falscher Weihnachtsfentimentalität die Tatsache aus der Welt schaffen, daß den armen Lehrern und Staatsbeamten 180 Millionen Kronen als Weihnachtsremuneration abgezogen wurden? Mit diesem Mißklang von Hilgenreiners Weihnachtsglocken und der ansonsten debattelosen Annahme einer Anzahl von Gesetzen schloß die letzte Sitzung des Hauses in diesem Jahre.

Die erste Sitzung wurde durch den Präsidenten Prasek um 11 Uhr 45 Minuten eröffnet. Seinem Antrag gemäß erkannte der Senat dem Gesetz über die Abänderung von Strafbestimmungen im Hinblick auf die geänderten Valutaverhältnisse die Dringlichkeit zu. Nach dem Bericht des Sen. Dr. P r o c h a z k a wurde diese Gesetzesnovelle in erster und zweiter Lesung angenommen. Nach einer viertelstündigen Unterbrechung wurde der Gesetzentwurf über die Arbeiterkrankenversicherung dem Ausschuss mit einem zehn Minuten langen Termin zugewiesen.

Die zweite Sitzung wurde um 12 Uhr 25 Minuten eröffnet. Es wurde zuerst in zweiter Lesung das Gesetz über die Finanzverwaltung, der Bezirks- und Municipalverwaltungen in der Slowakei und Karpathorhland genehmigt. Nach dem Bericht des Sen. J a l u b k a über das Gesetz betreffend die Arbeiterkrankenversicherung ergriff Sen. Hilgenreiner (deutsch. Christl.-Soz.) das Wort. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden Prasek, in dem er dem Hause

ein fröhliches Neues Jahr wünscht, wird die Sitzung geschlossen.

In den vorgestrigen Nachsitzen kamen die Genossen Senatoren S o w, W i e c h o w s k i, R e h z l und J a r o l i m zu Wort:

Genosse Senator Söw

erklärte, er werde für das Unterhaltsbeitragsgesetz stimmen, hoffe aber, daß endlich einmal die Unterhaltsbeiträge in entsprechender Weise geregelt werden.

Genosse Senator Dr. Wiechowski

bemerkte zum Gesundheitszuschlagsgesetz, daß es eine besondere Art der Geldbeschaffung ist, wenn der Staat zu seinen eigenen Steuern Zuschläge macht. Mit den Grundsätzen der Vorlage ist Redner einverstanden, denn er steht auf dem Standpunkte, daß wegen der eminenten Bedeutung der Krankenhäuser und des Gesundheitswesens für die Bevölkerung Verbesserungen notwendig sind, weshalb er für die Vorlage stimmen wird.

Genosse Senator Rehyl

führt aus, daß wir für die geringen Verbesserungen des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes stimmen und bedauert bloß, daß die Einsicht bei den Mehrheitsparteien nicht größer war. Die Höhe der Unterstütlungen sei ungenügend, nicht minder die derzeitige Arbeitslosenversicherung. Redner bespricht die notwendigen Änderungen des Gesetzes, insbesondere soweit sie sich auf die Saisonarbeiter beziehen.

Genosse Senator Jarolim

sagt bei der Besprechung der Alters- und Invalidengesetzesvorlage, es habe den Anschein, als ob durch Einbringung dieser Vorlage die Sozialversicherung hinausgeschoben werden sollte. Redner gibt einen Ueberblick über die Kämpfe der Arbeiterschaft um die Sozialversicherung im alten Oesterreich und verweist auf die Versicherungen der Regierungen dieses Staates, die viel zu unbestimmt lauteten und es zweifelhaft erscheinen lassen, ob es zur Sozialversicherung überhaupt kommt. Redner ist der Ansicht, daß die beantragten 130 Millionen zur Errichtung des in Frage stehenden Fonds viel zu gering sind. Die deutschen Sozialdemokraten werden für die Vorlage stimmen.

Inland.

Die letzten Weihnachten des allnationalen Ministeriums Benesch. Nach den Vorgängen der letzten Wochen, nach Dr. Rajhins und Stribernys Ausscheiden aus der Peika, nach den Sturmzügen im Abgeordnetenhaus und im Senat gegen das Staatsbeamten- und Lehrergesetz und nach allen äußeren Anzeichen sind die Tage oder Wochen des Ministeriums Benesch gezählt. Wir haben schon bei der Ernennung des allnationalen Ministeriums darauf hingewiesen, daß naturnotwendig seine inneren Hemmungen so groß sein werden, daß ihm jede ausgreifende Arbeit versagt sein wird. Das Koalitionsministerium, in dem Konsumenten und Produzenten, Mieter und Hausherren, Arbeiter und Fabrikanten vertreten sind, ist ein naturwidriges Gebilde. Ueber diese Tatsache hilft uns auch eine „Peika“, selbst wenn sie besser funktioniert, als die jetzige, nicht hinweg. Welche Wandlungen hat schon die Mieterschutzvorlage durchgemacht und was ist der Erfolg der vielen Beratungen der Peika? Nur dort, wo die sozialistischen Parteien in der Regierung zu einem Nachgeben entschlossen sind, nur dann, wenn sie sich im Schlepptau der Bürgerlichen befinden, kann die Koalition weiterbestehen. Aber ist das nicht geradezu ein Selbstmord der tschechischen Sozialdemokraten? Kann eine sozialistische Arbeiterpartei auf die Dauer Milliarden für den Militarismus bewilligen und die Dorfschullehrer und Bediensteten des Staates um ihre ohnehin geringen Einkünfte prellen? Schon an dem Tage, als das Staatsbeamtengesetz im Abgeordnetenhaus

beraten wurde, trug sich Dr. Benesch mit Demissionsabsichten. War es ein Zufall, daß Tusa in diesen Tagen in Prag weilte? Daß Benesch bald geht, ist wahrlich nichts Erschütterndes. An den Tschechen liegt es aber dann, die chronische Staatskrise nicht durch das Nichtwerden eines neuen Ministeriums zu verlängern, sondern Frieden zu machen mit den Völkern dieses Staates. Vielleicht ist Tusa auch in Berlin, dem Prager nationalistischen Dünkel entrückt, zur selben Erkenntnis gekommen.

Die nationaldemokratischen Demagogen müssen ihren Wählern Rede stehen. Das Präsidium des Landesausschusses der tschechoslowakischen Nationaldemokratie hielt gestern eine Sitzung ab. Die Abg. Dr. S u l a v s k y und Dr. M a t o u s k e l berichteten, wie das Parteikommittee besagt, über die Versammlung der gesamtbeamten Gewerkschaft der tschechischen Nationaldemokraten und konsolidierten, daß die Gewerkschaft sich gegen die Erniedrigung der Bezüge der Staatsbeamten in einer Zeit aussprach, da sich die Leuerungsverhältnisse noch nicht gebessert haben. Die Lehrerergewerkschaft der Partei sprach ihr Bedauern darüber aus, daß mit der Restringierung der Notauschüssen der Lehrer das Paritätsgesetz durchbrochen wurde, dessen Novelle eben die Partei in der revolutionären Nationalversammlung überreicht hatte. Weiters wurden schwere Vorwürfe erhoben, daß mit dem Beschluß des Gesetzes das erworbenes Recht der Beamten der Selbstverwaltungskörper verletzt wurde. Aber trotz der Tatsache, daß das Erparungssystem sich an einer Klasse, deren Entlohnung relativ nicht den Lebensverhältnissen entspricht, auswirkt, ist es unerlässlich, nicht nur

dem Wege zur Ueberwindung des Kapitalismus mit Lynx nicht einsind, sind wir es dennoch in der tiefsozialistischen Erkenntnis von der Notwendigkeit der Beseitigung des Kapitalismus.

Als wir die Nachricht von seinem Tode lasen, erfüllte uns tiefe Traur. Dieser vierundachtzigjährige war ein Stück unseres heißen Lebens, durch seinen Tod sind wir ärmer geworden: um einen vornehmen Genossen, der seinen eigenen Weg ging.

Die soziale Frage ist gelöst und zwar nicht etwa von einem Einzigen, der das Antiklassenkampfswort erfunden hat, sondern gleichzeitig von 250 deutschen Gelehrten und Politikern ersten, zweiten und dritten Ranges. Staatsminister, Philosophen, Pfaffen und Fabrikanten sprangen mit Todesverachtung in die Arena, um den Stier bei den Hörnern zu packen, wie folgende Notiz beweist, die dieser Tage von der „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht wurde:

Wettbewerb zur Milderung der Klassen-gegenstände. Der Württemberg. Goethe-Bund hatte im Dezember 1918 ein Preis-anschreiben über das Thema erlassen: „Was hat zur Milderung der Klassen-gegenstände beigetragen, welche heute die aufeinander angewiesenen Kreise unseres Volkes weit mehr trennen, als in den natürlichen Verhältnissen begründet ist?“ Zu den Preisrichtern gehörten u. a. Generalintendant Baron zu Tullig, Staatsminister Frhr. von Verleppsch, Fabrikant Dr.-Ing. Robert Vösch in Stuttgart, Delede Lange, Staatsminister Dr. Graf von Posadowski-Wohner in Naumburg a. S., Staatsrat Dr.-Ing. C. von Bach in Stuttgart. Die Entscheidung ist infolge des Krieges verzögert worden und hat erst vor einigen Tagen erfolgen können, zumal im ganzen ein Vierteltausend Arbeiten eingelaufen waren! In seiner Schlussfugung am 27. November hat das Preisgericht verurteilt: den ersten Preis von 5000 Mark an Dr. Max Seber in Dresden, den zweiten Preis von 2000 Mark an Herrr Theodor Rohleder in Gohfelden, O.-A. Holl, den dritten Preis von 1000 Mk. an Dr. jur. et phil. Anton Schubert in Wien. Die mit dem ersten Preise gekrönte Arbeit von Dr. Seber soll der Öffentlichkeit übergeben werden.

Wilhelm in Holland wird helle Freude haben. Jetzt wird er sich nicht mehr beklagen können, daß die Wissenschaft den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu wenig unterstützt. Schließlich hat es sich auch der Goethebund, der die Milderung der Klassen-gegenstände anstrebt in sein Programm aufgenommen hat, auch 8000 Mark kosten lassen, diese ganz überflüssigen Gegenstände und damit den Klassenkampf überhaupt aus der Welt zu schaffen. Die Öffentlichkeit lauert schon auf die Veröffentlichung der preisgekrönten Arbeit von Dr. Seber. Hoffentlich überflutet sie bald in Millionen Exemplaren die Welt, denn es ist nicht einzusehen, warum wir noch länger auf die Milderung der Klassen-gegenstände warten sollen.

Noch nicht zwölf? „Zwölfte Stunde!“ „Keine Zeit verlieren, es geht ums Ganze!“ „Stoßtrupp vor! Wir brauchen nicht die Waffe; die revolutionären Vorarbeiten werden diese durch ihre Taten vorwärts reißen!“ „Für Bildungsarbeit und Aufklärung haben wir keine Zeit! Wir sind in der zwölften Stunde! Heute ist kommunistischer Samstag, bald wird es kommunistischer Sonntag sein!“ — So schrien die Kommunisten noch vor einem Jahre durcheinander. Jeder Kommunist gab andere Parolen für Kampf und die Taktik aus. Schlagworte wirbelten durch die Masse und putzten sie auf. Das war für die Kommunisten eine tödliche Zeit! — Heute ist der rabidale Sturm verrauscht. Heute lauten die Parolen: „Heran an die Masse!“, „Schulung der Arbeiter!“, „Mehr Wissen!“, „Schaffung von Bildungsanstalten!“, „Aktiv und bereit muß heute das Lösungswort sein!“ — Also es ist noch nicht zwölf, es ist auch noch nicht kommunistischer Samstag, es muß noch die so verhöhrte Bildungsarbeit geleistet werden. „Proletkult“ wird das bei den Kommunisten genannt, obwohl ein Kommunist sich in der „Internationale“ dagegen ausdrückte, indem er ausführte, von proletarischer Kultur zu reden, erscheine ihm zu verfrüht. Der Kommunist Bohse erklärte in der „Internationale“ weiter, daß die Bildungsarbeit auch dahin gerichtet sein müsse, „den Arbeitern, besonders aber den Vertrauensleuten, einen Ueberblick über die bisherige wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung zu geben, damit sie nicht in kleinen Kämpfen, Gefechten stecken bleiben oder andererseits immer glauben, nun gehe es ums Ganze.“ Diese Erkenntnis, welche die Kommunisten gewonnen haben, ist auffallend ehelich. Endlich sehen sie ein, daß ein Vertrauensmann ihnen nicht bloß zum Lärm machen da ist, sondern daß er auch etwas zu wissen muß. Ferner, daß man den Arbeitern den Glauben nehmen muß, daß es bei kleinen Kämpfen immer „ums Ganze geht“. Diesen Glauben haben die Kommunisten den Arbeitern doch immer und immer wie-

der eingepaukt. Die Parole „Der Kampf ums Ganze“ war doch einer ihrer Hauptstlager, den sie in der demagogischen Weise auszunützen verstanden. Ihre Erkenntnis kommt sehr spät, vielleicht zu spät.

Die Büchereigenossenschaft in Leitmeritz — ein deutschnationales Parteiunternehmen. Die in Leitmeritz, im „Reichhaus“, errichtete Büchereigenossenschaft, gab der deutschen Öffentlichkeit in der tschechoslowakischen Republik bekannt, daß sie, die Genossenschaft, dazu berufen sei, eine Volksbildungsbuchhandlung zu werden, deren Aufgabe es sei, alle deutschen Vereinstätigkeiten und vor allem die Gemeindebüchereien mit guten Büchern zu versorgen. Der Bücherbedarf soll durch Zentralkauf auf die billigste Weise beschafft werden. Ferner sollen die Bücherwarte der Gemeinden, hauptamtliche und nebenamtlich, durch die Büchereigenossenschaft als Bücherwarte ausgebildet werden. Der Ausbau der deutschen Volksbüchereien soll die Büchereigenossenschaft beaufichtigen. — Diese Aufgaben wären gewiß sehr zu unterstützen, wenn es die Leute im „Reichhaus“ mit ihrer Volksbildungsarbeit wirklich ernst meinten. Den Herren in Leitmeritz geht es aber gar nicht so sehr um die wirkliche neutrale Volksbildungsarbeit als um das Geschäft. Sie erblicken in der Schaffung ihrer Büchereigenossenschaft eine Einrichtung, die der deutschnationalen Partei wirksame politische und finanzielle Dienste leisten soll. Die Büchereigenossenschaft hatte sie obengenannten Aufgaben restlos erfüllen können, wenn sie nicht die Vereinigung einiger deutschnationaler privater Herren, sondern an den Verband der deutschen Selbstverwaltungs-körper der Tschechoslowakischen Republik angegliedert wäre, einer Körperschaft, in der alle deutschen Parteien zusammen arbeiten. Nur dann, wenn alle deutschen Gemeinden ihre Genossenschaftsanteile zeichnen, nur dann wäre es eine wirkliche Büchereigenossenschaft. So aber ist die Genossenschaft aufgebaut auf die Bestrebungen der deutschnationalen Parteien, vor allem des „Bundes der Deutschen in Böhmen“, der die meisten Anteilsscheine dieser Genossenschaft besitzt. Der Bund der Deutschen stand seit jeher der deutschen Arbeiterschaft feindlich gegenüber. Bisher handelte er mit Schmierseife, Bündelhörnern, Postkarten und Bundesnadeln — jetzt will er sein Geschäft mit der Volksbildungsarbeit, mit Büchern, wachen. Wir machen alle Gemeinden darauf aufmerksam, daß die Büchereigenossenschaft in Leitmeritz ein deutschnationales Unternehmen ist, aus dessen Einkünften der Bund der Deutschen, also eine politische Organisation der Deutschnationalen, unterstützt wird.

Wieder ein Attentat auf die Brüner deutschen Schulen. Der Bürgermeister von Brünn, Madu, hat als Vorsitzender der ehemaligen Bezirksschulräte die Pläne über die Einschränkung der deutschen und der tschechischen Volksschulen Brünn den deutschen Gemeindevertretern Brünn vorgelegt und den Bezirksinspektoren den Auftrag gegeben, eine ausgiebige Herabsetzung der Klassenzahl, sowohl bei den tschechischen als auch bei den deutschen Schulen vorzuschlagen. Der deutsche Bezirksschulinspektor war nicht in der Lage, einen solchen Antrag auszuarbeiten, da er mit Rücksicht auf die den deutschen Schulen zur Verfügung stehenden kleinen Räumlichkeiten für unmöglich hält. Der Bürgermeister erklärte ferner, daß er die Einschränkung der deutschen Schulen trotzdem durchzuführen müsse. Aus der Mitteilung des Bürgermeisters geht ferner hervor, daß die Einschränkung der tschechischen Schule bereits vorgenommen wurde und daß das Gesamtergebnis die Auflösung von 18 Parallelklassen ergab. Hierdurch steigt die durchschnittliche Schülerzahl der tschechischen Bürger-schulen von 40.7 auf 43, in den Volksschulen von 33.9 auf 37.1 Ganz anders gestaltet sich jedoch die Einschränkung der deutschen Schulen. Es wird die Aufhebung von fünf deutschen Bürger-schulen beantragt. Hierdurch würde die durchschnittliche Zahl der Schüler in den einzelnen Klassen von 30.5 auf 40.3 steigen. Die Zahl der Bürger-schulen siele von 14 auf 9, die Anzahl der Klassen von 62 auf 47. Bei den deutschen Volksschulen wird als Gesamtergebnis beantragt: Es werden drei Volksschulen aufgelassen, wobei 15 gegenwärtige Klassen und 14 Parallelklassen, somit an den Volksschulen zusammen 30 Klassen, entfallen. Hierdurch würde die durchschnittliche Zahl der einzelnen Klassen von 25.8 auf 34.3 steigen, während die Anzahl der deutschen Volksschulen von 21 auf 18 und die Anzahl der einzelnen Klassen von 122 auf 92 siele. Neben den Volks- und Bürger-schulen ist auch die Auflösung von einjährigen Lehrkursen beantragt, und zwar sowohl an der Höheren Mädchenschule als auch an der Knabenbürger-schule in der Husstraße, die von 22 beziehungsweise von 27 Schülern besucht werden. Auch

diese Schüler sind auf andere Lehrkurse aufzuteilen. Bemerkenswert ist, daß sämtliche tschechischen Lehrkurse aufrecht bleiben, obwohl die durchschnittliche Anzahl der Schüler dort weit geringer ist als bei den deutschen. Dabei ist in mehreren Fällen die Unterbringung der deutschen Schulen und Klassen unmöglich. Die deutsche Bevölkerung Brünn wird sich selbstverständlich gegen dieses neue Attentat auf sein Schulwesen zur Wehr setzen. Ob mit Erfolg, scheint nach den bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiete der tschechoslowakischen Schulpolitik leider sehr fraglich.

Die unehelichen Kinder des hochgeborenen Grafen Waldstein. Im Besitze der hochgeborenen Inassin des Siechenhauses in Oberdorf bei Brüx, Klara Klausnitzer, die kürzlich verstarb, fand sich folgende

Erklärung.

Ich Endesgefertigte erkläre hiemit öffentlich und nötigenfalls auch vor Gericht, daß ich mit dem Betrage mit Einrechnung der verursachten Kosten per 330 fl. sage: Dreihundertdreißig Gulden Konvents-Münze, als Entschädigung in Beziehung auf die mit einem hochgeborenen, dem Herrn Grafen Georg Waldstein-Warenberg, erzeugten zweier unehelich geborenen Kinder mich gänzlich zufriedensstelle, sowohl in betreff meiner Person und der gesetzlichen Wochenentlohnung, als auch in Hinblick der Erziehung und Versorgung meiner noch lebenden Tochter Klara, einverständlich mit dem mitgefertigten Vormund Herrn Vinz. Behor in Niklasberg, und auf alle weiteren, wie immer namenthabenden oder erdacht werden mögenden Ansprüche gänzlich verzichte.

Zur Bestätigung dessen, habe ich mich und der Herr Vormund eigenhändig unterschrieben, zwei Zeugen zur Mitergung erbeten, und wollen uns auch zu dem Inhalte vorerwähnter Erklärung noch besonders bei dem Gemeinde-amte zu Fleiß befehlen.

Fleisch, den 1. Oktober 1882.

- Rosalie Klausnitzer m. p. Vinzenz Behor m. p., Vormund. Franz Rudolf m. p., Zeuge. Karl Stolz m. p., Zeuge. Corramont: Franz Kippel m. p., Bürgermeister.

Das Dokument ist zwar schon älter als ein halbes Jahrhundert und kommt deshalb in erster Linie als ein kulturhistorisches Dokument aus einer vergangenen Zeit in Betracht. Da sich aber die „Hochgeborenen“ in anderer Beziehung bis zum heutigen Tage nicht geändert haben, beweist das Schriftstück wohl auch den „Abel“ der Blaublüter des zwanzigsten Jahrhunderts, die ganz so wie ihre Vorgänger ausgereicht sehr kräftig zeugen und die Wüter aus dem „niedrigen Volke“ mit ein paar lumpigen Kronen „gänzlich zufriedensstellen.“

Ein Dementi. Budapest, 22. Dezember. Das ungarische Telegraphen-Korrespondenz-bureau stellt auf Grund authentischer Informationen fest, daß sich entgegen einer in Wien veröffentlichten Meldung weder in Bregenz noch im übrigen Abstimmungsgebiet irgendwelche ungarische Truppen befinden.

Großer Diebstahl im Neuen deutschen Theater. Im Neuen deutschen Theater entwendete vorgestern ein unbekannter Dieb dem Direktor der Bezirkstranstenasse in Frankfurt Josef Müller eine Brieftasche mit 57.000 Kronen, zwei Reisepässe und einen Depositen der Bodenbank, lautend auf 125.000 Kronen. Außerdem befanden sich in der Brieftasche noch andere Dokumente. Der Beschädigte legt auf die Dingfest-machung des Täters die Belohnung von 6000 Kronen aus.

Aus der fahrenden Elektrischen gesprungen. Die Gattin des Schmiedes Schwach aus Emsdorf sprang vorgestern Abend aus der fahrenden Elektrischen und brach den rechten Oberschenkel. Sie wurde ins allgemeine Krankenhaus überführt.

Ein Wort an die Textilarbeiter.

Unter diesem Titel veröffentlicht Dr. Otto Pahn, der ehemalige Führer der Linken, im Fachblatt der Textilarbeiter einen Artikel, den er der Redaktion des Reichsberger „Vorwärts“ zur Veröffentlichung übersendet hat, den dieses Blatt jedoch abgelehnt hat. Pahn stellt zunächst in dem Kampfe zwischen der Leitung der Union der Textilarbeiter und den ausgetretenen Mitgliedern in Zwidau, Grottau, Kratau und Neustadt die Tatsachen fest und schreibt hiebei auch von dem Vermittlungsversuch, den er unternommen hat und der fehlgeschlagen ist. Er kommt zu folgenden Schlüssen:

„Die Spaltung einer Gewerkschaft ist ein eigenartiges Rechenexempel. Die Gewerkschaft als Einheitsorganisation umfaßt nicht bloß Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern auch Mitglieder der anderen Parteien und auch Parteiloze. Durch die Spaltung werden nicht vielleicht aus einer Gewerkschaft zwei Gewerkschaften (Sozialdemokraten und Kommunisten), sondern es werden deren vier. Denn auch die Christlichsozialen und Deutschvölkischen wittern Morgenluft und machen sich die Gelegenheit zunutze, ihre eigenen, bisher bedeutungslos gebliebenen Gewerkschaften auszubauen. Wenn die Einheits der Union nicht er-

halten wird, dann wird die Textilarbeiter-schaft nicht in zwei, sondern in fünf Teile zer-splittert: Sozialdemokraten, Kommunisten, Deutschvölkische, Christlichsoziale und in einen fünften Teil, der überhaupt unorganisiert bleiben wird.

Und noch eines: Die nordböhmischen Textilarbeiter stehen seit jeher dem hartnäckigsten und rücksichtslosesten Unternehmertume gegenüber. Es ist noch gar nicht so lange her, daß diese Unternehmer sich überhaupt nicht darauf eingelassen haben, mit den Arbeitern Verträge abzuschließen. Erst die kräftige Entwicklung der Textilarbeiterorganisation hat diese Scharfmacher genötigt, sich zur Vertragspolitik zu bekennen. Was werden diese Herren tun, wenn sie nicht mehr der einseitlichen Organisation, sondern einer ganzen Anzahl von Splinterorganisationen gegenüberstehen werden?

Ich weiß, Genossen, sehr wohl, daß alle diese Fragezeichen, die ich als Warnungssignale hierhersehe, nicht mehr imstande sein werden, den Lauf der Dinge aufzuhalten. Aber trotzdem möchte ich jedem Textilarbeiter und jeder Textilarbeiterin zum Bewußtsein bringen, daß wir an einem bedeutungsvollen Wendepunkt stehen.

Die Textilarbeiter zum Austritt aus der Union aufzufordern und gleichzeitig zu behaupten, daß man die „Einheitsfront“ herstellen wolle, dies halte ich für unehelich. Dieser Weg führt zur Spaltung, aber niemals zur Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Mitglieder.

Darum noch einmal in zwölfter Stunde: Bedenkt, was auf dem Spiele steht und besinnt euch!“

Die Broschüre Rosa Luxemburgs.

Eine klagliche Ausrede der Kommunisten.

Berlin, 22. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) Nachdem die kommunistische Presse bisher zu den Veröffentlichungen aus der Broschüre Rosa Luxemburgs geschwiegen hat, veröffentlicht die „rote Fahne“ nun eine von Waskl und Petlin unterzeichnete Erklärung, in der es heißt, daß Rosa Luxemburg schon im Sommer 1918 einen kritischen Standpunkt zum Bolschewismus einnahm, daß sie aber später ihre frühere Einstellung zur Konstituante, Demokratie, Sowjet-systemtheorie wesentlich geändert habe. Die „Freiheit“ meint dazu, daß es ein Zeichen tölicher Verlegenheit sei, daß das kommunistische Zentralorgan statt einer sachlichen Stellungnahme zwei Schmutzzeugen aufmarschieren lasse, die nur die eine Behauptung aufstellen wollten, daß Rosa Luxemburg zwar im Sommer 1918 einen feyerischen Standpunkt eingenommen, ihn aber bei Ausbruch der Revolution, also kurz darauf wieder geändert habe. Rosa Luxemburg, Begründerin der kommunistischen Partei, wird als ein schwankendes Rohr hingestellt und damit wäre an ihr eine politische Reichenhändlung vorgenommen. Ein schlimmeres Eingeständnis des Bankrottes für die kommunistische Partei könne es gar nicht geben, als das, daß die Partei unfähig ist, die vernichtende Kritik an den Grundlagen und der Praxis des Bolschewismus durch sachliche Widerlegung zu entkräften.

Ein Aufruf

der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte an die Wiener Arbeiter.

Wien, 22. Dezember. (Sonderbericht des „Sozialdemokrat.“) Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten und Bundesräte erläßt einen Aufruf an die Arbeiterschaft, in der zunächst das Ergebnis der parlamentarischen Tagung ausführlich dargelegt und dann folgender Appell an die Arbeiter gerichtet wird: „Noch stehen wir unter dem harten Zwang des Ententeimperialismus, steht unsere Volkswirtschaft unter dem harten Druck jener offenen und versteckten Kriegskontributionen, die der Imperialismus der Siegermächte den besiegten Völkern auferlegt. Noch stehen uns harte Wochen schwerer Kämpfe bevor, aber es fehlt doch nicht an Vorgehen der nahenden Wendung. Der Habsburgerputsch ist schmählich gescheitert. Karl Habsburg ist nach dem fernen Madeira verbannt. Die Besetzung des Burgenlandes durch unsere republikanische Wehrmacht ist ohne Blutvergießen vollzogen. In den Siegerländern erstarkt unter dem Druck der wirtschaftlichen Weltkrise der Widerstand gegen die imperialistische Deutepolitik, die die mitteleuropäischen Völker zugrunde richtet. In unserem eigenen Lande setzt sich Schritt für Schritt unser Finanzplan durch. Werdet darum trotz der bitteren Not dieser Tage nicht kleinmütig! Lasset Euch nicht verführen von den bürgerlichen Parteien, deren jämherderstande alles, was das arbeitende Volk braucht, nur in hartem Kampfe abgerungen werden kann, aber auch nicht von den kommunistischen Sektierern, denen die Not nur ein-

Gelegenheit ist, mit unwürdigem, auf die Leichtgläubigkeit und Gedankenlosigkeit berechneten Stimmenfang Zwiespalt in die Reihen der Arbeiter zu tragen. Unsere Kraft beruht auf unserer Einheit und Geschlossenheit, unserer Kampfbereitschaft und Disziplin."

Oedenburger Abstimmung.

Die Oedenburger Gemeinden — fast durchwegs für Oesterreich.

Wien, 22. Dezember. (Sonderbericht des „Sozialdemokrat“.) Bei der sogenannten Abstimmung in den Gemeinden der Umgebung von Oedenburg hat Oesterreich, obwohl es keine Agitation treiben durfte und obgleich die Abstimmungslisten gefälscht und die Deutschen mit Gewalttaten bedroht wurden, über 54% der Stimmen bekommen. Eine ungarische Mehrheit hat bloß das magyarische Zinkenort, welches Oesterreich selbst in Vermain nicht gepredert hat, ferner das kroatische Kohlenhof und die kleine Ortschaft Hollig, wo schon vor der Abstimmung die ungeheuerlichen Fälschungen der Wählerlisten gemeldet worden sind. Sonst wurde in allen übrigen Orten mit Mehrheit für Oesterreich gestimmt. Ueberhöfliche Töne.

Woh, wie besorgt!

Die Budapest Blätter sagen in Besprechung des österreichisch-schlesischen Abkommens, daß die österreichische Regierung, indem sie der Tschechoslowakischen Republik die Integrität des Landes gesichert habe, die zudendeutschen gepuffert hätte. „Nemzeti Ujsag“ nennt Oesterreich einen Trabanten der kleinen Entente.

Es ist wirklich rührend, wie besorgt auf einmal die Horthy-Presse um die Endelendenschen ist, deren Schicksal ihr doch bisher gelübt war. Die plötzliche Besorgnis ist aber verständlich. Die Horthys wissen natürlich, daß der österreichisch-schlesische Vertrag die Sabsburgträume der Ungarn zunichte machen will und nun suchen sie krampfhaft nach Bundesgenossen in den Vertragsstaaten. Möglich, daß ihr Versuch Erfolg hat, beispielsweise so um die „Reichenberger Zeitung“ herum.

Präsidentwahl über Rakovsky, Szjgray und Graf.

Budapest, 21. Dezember. (M. T. R. B.) Der Präsident des Anklagesenates des Budapest Strafgerichtshofes hat in der Strafsache gegen die des Aufruhrs verdächtigten Stefan Rakovsky und Genossen die Entscheidung gefällt, daß Graf Andrássy, Porobiczey und Lorenz auf freien Fuß gesetzt sind. Dagegen über Stefan Rakovsky, den Grafen Szjgray und Dr. Graf sowie August Schnitzler, der sich derzeit auf freiem Fuß befindet, die Präsidentwahl zu verhängen sei. Der Antrag betreffend die Verhängung der Präsidentwahl über Stefan Aray jun. und Alexander Alexij wurde abgewiesen.

Der ungarische Sozialismus lebt dennoch!

Budapest, 20. Dezember. (Tsch. P.) Bei den Wahlen in die allgemeine Konsumgenossenschaft haben die Sozialdemokraten trotz aller Agitation der Christlichsozialen und der „Erwachenden Ungarn“ die überwiegende Mehrheit erlangt. Wie verlautet, will Graf Bethlen die führenden Persönlichkeiten der Arbeiterchaft zu einer Konferenz einberufen.

Aus der „freien“ Schweiz.

Bern, 21. Dezember. (Schw. Dep. Ag.) Der Nationalrat behandelte heute die Revision des Bundesstrafrechtes. Namens der sozialistischen Minderheit wurde die Streichung verschiedener Artikel beantragt. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage, genannt lex Hüberlin, die für Ruhestörer im Landesinnern Strafen vorsieht, angenommen.

Ein Deutsch-Schweizer Schiedsgerichtsvertrag.

Bern, 20. Dezember. (Schweiz. Dep.-Agent.) Der Bundesrat veröffentlicht den zwischen der Schweiz und Deutschland abgeschlossenen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag. Er sieht vor, daß alle Streitigkeiten zwischen der Schweiz und Deutschland, die nicht binnen einer angemessenen Frist diplomatisch geschlichtet werden können, einem schiedsgerichtlichen oder Vergleichsverfahren zu unterwerfen sind. Der Vertrag dauert zehn Jahre und kann sechs Monate vor Ablauf deren gekündigt werden. Falls dies nicht geschieht, bleibt er automatisch für zwei weitere Jahre in Wirksamkeit.

Serbien und Albanien.

Paris, 21. Dezember. (Savas.) Die Regierung des Königreiches SHS. hat bei der Völkervertragskonferenz und dem Völkerverbunde gegen die Verletzung der Neutralität in der geräumten Zone, deren sich die albanischen Beamten schuldig machen, protestiert. Die Belgrader Regierung ersucht die Völkervertragskonferenz, zu veranlassen, daß die Albaner die Entscheidung der Konferenz vom 18. November d. J. respektieren, dem sonst würde Serbien die neutrale Zone beweis Schutz seiner Interessen neuerdings besetzen.

Die Londoner Beratungen.

Kein entgeltlicher Beschluß. — Fortsetzung im Jänner in Cannes. — Eine internationale Wirtschaftskonferenz.

Berlin, 22. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Londoner Besprechungen haben ihr vorläufiges Ende gefunden, ohne daß ein endgültiger Beschluß gefaßt worden wäre. Sie sollen Anfangs Jänner in Cannes fortgesetzt werden. Aus den bisher vorliegenden Meldungen scheint hervorzugehen, daß der deutsche Antrag auf ein Moratorium grundsätzlich akzeptiert worden ist. Man will, so scheint es, auf der Zahlung der am 15. Jänner fälligen Rate von fünfhundert Millionen Goldmark nicht bestehen, sondern will sich bereit erklären, für den Jänner- und Februar-Termin zusammen fünfhundert Millionen darzulegen. Daß diese fünfhundert Millionen Mark auf die beiden Termine zu verteilen sind, dürfte erst in Cannes beschlossen werden. Die Möglichkeit, daß man sich für den Jänner mit der von Deutschland angebotenen Summe von hundertfünfzig bis zweihundert Millionen Goldmark begnügen wird, ist, wie es scheint, gegeben. Von positiven Beschlüssen der Konferenz werden genannt:

- 1. Die drei Außenminister Frankreichs, Englands und Italiens werden eine Zusammenkunft am 8. oder 10. Jänner in Paris haben, um über das Abkommen von Angora und eine Vermittlung im griechisch-türkischen Kriege zu beraten.
- 2. Etwas später wird der Oberste Rat zusammenzutreten, um zu beschließen, wie Deutschland seine Zahlungen zu leisten hätte. Diese Tagung werde während der ersten Jännerhälfte in Cannes stattfinden, wohin Lloyd George Mitte nächster Woche abreisen wird und wo er mehrere Wochen zu verbringen gedenkt.
- 3. In einem noch unbestimmten, aber nicht allzuweit entfernten Zeitpunkt sei eine internationale Wirtschaftskonferenz einzuberufen, welche die Mittel ins Auge fassen soll, wie das Wirtschaftsleben Mitteleuropas, Rußlands inbegriffen, wieder ausgebaut werden kann und welche die Bedingungen, wie dieser Ausbau erfolgen könnte, festlegen soll.

Paris, 22. Dezember. Eine Londoner Meldung der Agence Havas besagt: Bei Beendigung der letzten Besprechung zwischen Lloyd George und Briand wurde der Presse eine Mitteilung übermittelt, in der gesagt wird, daß die französische und britische Regierung in allen Punkten sehr befriedigt sind. Auch die Wirtschaftslage Europas wurde sorgfältig geprüft und die Möglichkeit eines Wiederaufbaues besprochen. Man ist sich darüber vollkommen einig, daß die Mächte, die am besten fundiert sind, die

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 22. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Nach den Berichten von deutscher Seite nehmen die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien einen ruhigen, sachlichen Verlauf. Der Ton und die Art der Verhandlungen können als sehr gut bezeichnet werden. Auf deutscher wie auf polnischer Seite herrscht das Bestreben, zu einer Einigung zu kommen, um einen Schiedspruch des neutralen Vorsitzenden Colander zu vermeiden, wie es dessen eigener Wunsch ist. Andererseits hält man daran fest, die durch den Genfer Spruch gezogene Linie nicht zu überschreiten. Auf polnischer Seite herrscht das Bestreben vor, möglichst rasch zu einem staatsrechtlichen Abschluß zu gelangen, um das Polen zugesprochene Gebiet endlich als eigenen Besitz zu behalten.

Verhandlungen zwischen Rußland und Italien.

Rom, 19. Dezember. Der Ausschuß für Außerer beschoß nach dem Berichte des Marschese della Toretta, zu Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland seine Zustimmung zu geben. Bezüglich politischer Verhandlungen stellte er drei Bedingungen: Die russische Regierung müßte der Ausdruck der Meinung des russischen Volkes sein, die früheren und gegenwärtigen Rechte der Italiener müßten gewahrt bleiben und die Beziehungen zu anderen Mächten dürften keine Erübung erfahren.

Wiederum Tote in Irland.

Dublin, 22. Dezember. (Reuter.) Eine Mitteilung der republikanischen Armee stieß mit der Gendarmarie in der Grafschaft Thron zusammen. Sechs Republikaner wurden getötet, 20 verletzt und fünf gefangen genommen.

Aus der belgischen Regierungserklärung.

Brüssel, 22. Dezember. (Savas.) Ministerpräsident Theunis sagte in seiner programmatischen Regierungserklärung, Belgien strebe nach dem Frieden von Versailles, welcher die belgische Neutralität beseitigt hat, darnach, seine internationale Stellung zu erneuern. Sie werde erlangt werden durch lange und andauernde Bemühungen und die Erhaltung der hiesig entscheidenden Freundschaft mit Frankreich und England. Der Ministerpräsident erinnerte daran, daß der Vertrag mit Frankreich ein bloß defensiver ist und sprach die

Initiative für den Wiederaufbau ergreifen müßten. Die französischen Interessen werden in ähnlichen Unterredungen in Paris besprochen werden. Im Verlaufe der nächsten Woche werden die Vertreter der beiden Regierungen die finanziellen Fragen besprechen. Das Ergebnis dieser Besprechungen wird bei der Konferenz von Cannes mitgeteilt werden. Die Vorschläge, die in Cannes den beiden Regierungen vorgelegt werden, umfassen auch den Vorschlag der Einberufung einer europäischen Wirtschaftskonferenz, die darauf hinzuwirken hätte, daß die europäischen Nationen ihr Wirtschaftsleben wiederherstellen können.

Die Londoner Besprechungen beendet.

London, 23. Dezember. (Lautenzberg.) Die Besprechungen Briands mit Lloyd George wurden heute abgeschlossen. Briand besuchte vormittags Downingstreet und wird nach den bisherigen Dispositionen zusammen mit den französischen Sachverständigen heute nachmittags die Rückreise nach Paris antreten. Das praktische Ergebnis des bisherigen Meinungsaustausches ist die angeländigte Sitzung des Obersten Rates in Cannes, welche endgültige Beschlüsse über eine ganze Gruppe ungelöster Frage fassen solle. Briand selbst erklärte heute vor Journalisten, daß der ganze Verlauf der Londoner Besprechungen sehr herzlich und freundschaftlich war und daß mehrere Schwierigkeiten überwunden worden seien.

Oberster Rat — erste Jännerwoche.

Paris, 21. Dezember. (Tsch. P. B.) Der Sonderberichterstatter der Ag. Havas meldet, daß im Verlaufe der Unterredung, die heute abends in der Downingstreet stattgefunden hat, Briand und Lloyd George sich entschieden haben den Obersten Rat zu einer Sitzung einzuberufen, die in Cannes während der ersten Jännerwoche 1922 abgehalten werden soll. Die Konferenz der Außenminister Frankreichs, Englands und Italiens würde einige Zeit später wahrscheinlich in Paris, abgehalten werden. Bezüglich des Planes, eine internationale Wirtschaftskonferenz einzuberufen, ist noch nichts festgesetzt worden. Diese Frage soll auf die Tagesordnung des Obersten Rates gesetzt werden, der darüber wie übrigens über alle Probleme, die in dieser Woche in London gestreift worden sind, entscheiden wird.

Hoffnung aus, daß dies der Vorläufer für ähnliche Abkommen mit den übrigen befreundeten Staaten sein werde. Bezüglich der deutschen Abrüstung und der Aburteilung der deutschen Kriegsschuldigen erklärte Redner, daß die von Deutschland gegebenen Garantien nicht genügen und daher besondere Vorsicht geboten ist. Bezüglich der Reparationen ist Deutschland direkt für die Lage verantwortlich und bestrebt sich der Verpflichtungen zu entziehen, was ihm aber nicht gelingen darf. Deutschland hat fernerhin keine Maßnahmen zur Befundung seiner Finanzen getroffen und die Alliierten werden ehestens die Frage der am 15. Jänner und am 15. Jänner fälligen Raten lösen müssen.

Vorbereitungen zum Parteitag der U. S. P. D.

Berlin, 21. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Presse der Unabhängigen Sozialdemokraten veröffentlicht jetzt die bisher eingegangenen Anträge zu dem für Anfang Jänner festgesetzten Leipziger Parteitag. Am wichtigsten sind die Forderungen, welche sich mit der Koalitionspolitik und der proletarischen Einheitsfront beschäftigen. Die Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien wird abgewiesen. Die Notwendigkeit des Klassenkampfes und der proletarischen Diktatur betont. Die Bildung einer rein sozialistischen Regierung wird vielfach offen gelassen, in einigen Anträgen auch gefordert. Darüber hinaus wird ein parlamentarischer und außerparlamentarischer Zusammenschluß mit den anderen sozialistischen Parteien und Gewerkschaften verlangt, wobei grundsätzlich die Politik der Partei gewahrt bleiben soll.

Amerikas Hilfe für Rußland.

London, 21. Dezember. Aus Washington wird gemeldet: Der Senat hat den vom Repräsentantenhaus genehmigten Gesetzentwurf angenommen, wodurch 20 Millionen Dollars zur Unterstützung für die Hungerleidenden in Rußland gewährt werden.

Die Reaktion in Südbatavien.

Belgrad, 21. Dezember. (Tsch. P. B.) Der Immunitätsausschuß hat heute die Auslieferung von fünf Abgeordneten der Bauernpartei, darunter auch ihres Führers Radic, wegen Aufwiegelung gelegentlich der letzten Mobilisierung, zum Teil auch wegen Majestätsbeleidigung, beschlossen. Der diesbezügliche Bericht des Immunitätsausschusses wird morgen dem Parlamente vorgelegt.

Die Weihnachtsnummer des „Sozialdemokrat“ erscheint Sonntag den 25. Dezember früh. Die nächste Nummer des „Sozialdemokrat“ erscheint Mittwoch den 28. Dezember früh. Das Weihnachtsblatt des „Sozialdemokrat“ wird drei Tage ausliegen. Anzeigen für diese Nummer können nur bis Freitag 17. Uhr entgegengenommen werden.

Kleine Chronik.

Sowjetrepublik in Puebla. Mexico, 22. Dezember. Die Arbeiter in Puebla haben die Sowjetrepublik ausgerufen.

Kriegsteilnehmer begehren ein Attentat gegen einen Admiral. Athen, 22. Dezember. Admiral Kondurotis, der eine zeitlang die Regentchaft in Griechenland geführt hat, ist durch einen Revolverbeschuss in den Unterleib schwer verwundet worden. Die Täter sollen ehemalige Kriegsteilnehmer sein, die im Hilfsbureau für Invaliden Beschwerden vorbrachten. Im Verlaufe des Wortwechsels gaben sie auf den Admiral, der zufällig das Bureau betrat, Revolvergeschüsse ab.

Zugzusammenstoß. Rom, 22. Dezember. (Ag. Stef.) Auf der Brücke bei San Dona di Piave sind gegen 21 Uhr 45 Min. der aus Paris kommende Zug und der Expreszug Triest-Rom zusammengestoßen. Von Mestre und Venedig sind Hilfszüge abgegangen.

Rom, 22. Dezember. (Ag. Stef.) Wie die Blätter melden, sind bei dem Eisenbahnunglück bei San Dona di Piave fünf Personen ums Leben gekommen und dreißig verletzt worden.

Passives Wahlrecht der Frauen in den Pariser Gemeinderat. Paris, 22. Dezember. Der Gemeinderat hat einen Antrag auf Erteilung des passiven Wahlrechtes für die Frauen in die Gemeinderäte ... angenommen.

Aus dem besetzten Gebiet. Berlin, 22. Dezember. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Düsseldorf berichtet, hat dort die französische Militärpolizei nach Hausdurchsuchungen eine Anzahl Personen verhaftet, die einem geheimen Militärverein angehört hätten.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Zur Statistik der Haushaltungsrechnungen.

In der soeben erschienenen Nummer der Monatschrift „Gesellschaftsstatistik Westmit“ veröffentlicht Dr. C. Cechrat eine Statistik der von 88 Arbeiter-, Beamten- und Lehrerefamilien viertel-, bzw. halbjährig geführten Haushaltungsrechnungen. Eine der Abhandlung angeschlossene Reihe von Tabellen stellt eine ausführliche Verteilung der Einnahmen und Ausgaben der Haushaltungsrechnungen führenden Familien dar, besonders der Ausgaben für Lebensmittel. Ferner enthält diese Abhandlung Angaben über den kalorischen Wert der verbrannten Lebensmittel. Es wurden auf Grund des ermittelten Materiales Teuerungs-Indexziffern für Lehrer-, Beamten- und Arbeiterfamilien für die Monate Jänner, Juli, August und September des heurigen Jahres zusammengestellt. Zum statistischen Materiale gefügt sind eine ausführliche sachmännliche Analyse und eine Beschreibung der hierbei angewandten statistischen Methoden. Das ermittelte Material bezeugt eine Gesamtteuerung, wodurch das Lebensmaß der Arbeiterschaft vom Jahre 1914 auf folgende Weise betroffen wurde: im Jänner 1921 war die Teuerung eine 16,79fache, im Juli 1921 eine 13,07fache, im August 1921 eine 13,56fache, im September 1921 eine 14,48fache. Beim Lebensmaße der Beamtenfamilien verzeichnet man folgende Teuerung: im Jänner 1921 17,95fach, im Juli 1921 13,76fach, im August 1921 14,21fach, im September 1921 15,39fach. In den Lehrerefamilien ist die Teuerung im Jänner 1921 eine 17,17fache, im Juli 1921 eine 12,07fache, im August 1921 eine 12,51fache, im September 1921 eine 13,61fache gewesen.

Bevölkerungsbewegung und Todesursachen.

In der Dezembernummer des „Gesellschaftsstatistik Westmit“ veröffentlicht M. Dr. J. J. Reuschil eine Statistik der Bevölkerungsbewegung und der Todesursachen in den größeren Städten Böhmens, Mährens und Schlesiens und Karpathenlands für die Zeit vom 1. Jänner bis 16. Juli 1921. Diesen Artikel begleiten teils summarische, teils besondere Tabellen, und zwar in absoluten und auch in relativen Zahlen. In der angeführten Zeit gab es in den größeren Städten Böhmens, Mährens und Schlesiens insgesamt 19,7 Proz. Geburten, das ist 20,9 auf 1000 Einwohner pro Jahr. Darunter befanden sich 4,8 Prozent Toisgeborene. Auf 100 Mädchen entfallen 109 geborene Knaben; gestorben sind im ganzen 16,907, der natürliche Zuwachs betrug 0,11 Prozent. Die Sterblichkeit betrug im ganzen 17,9 auf 1000 Einwohner jährlich. Die Sterblichkeit der Säuglinge betrug 129,8 auf 1000 Lebendgeborene. Die Tabelle über die Sterblichkeit in den Städten weist das Minimum in Smichow auf (7,2 auf 100 Einwohner pro Jahr) und das Maximum in Saz (22,5 auf 1000 Einwohner pro Jahr). Die durchschnittliche Sterblichkeit der Einheimischen beträgt 13,7 auf 1000 Einwohner für ein Jahr. Es wurden gleichzeitig zu Vergleichszwecken auch Zahlen über größere Weltstädte abgedruckt.

Devisenansforderung in Oesterreich. Der österreichische Landesminister für Finanzen hat

die probatorische Verfügung getroffen, daß ausländische Zahlungsmittel für Zwecke der Spekulation oder durch Vermögensanlage weder erworben noch abgegeben werden dürfen. Für den Börsenverkehr bleiben vorläufig die bisherigen Bestimmungen mit der Einschränkung in Geltung, daß auch an der Börse der Verkauf der ausländischen Zahlungsmittel nur an Mitglieder der Devisenzentrale erfolgen darf. Wer bewegliche oder unbewegliche Sachen einschließlich Wertpapieren in ausländischer Währung verkauft, ist, von gewissen Ausnahmen abgesehen, verpflichtet, die erlösten ausländischen Zahlungsmittel sofort nach Eingang der Devisenzentrale zum dermaligen Tageskurs zu verkaufen. Die Bestimmungen gelten auch für alle vor dem Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossenen Verkäufe und die bereits vereinbarte Valuta ist längstens binnen acht Tagen nach Veröffentlichung dieses Erlasses der Devisenzentrale zu verkaufen.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2663, 100 Mark 41.90, 100 schweiz. Franken 1397½, 100 Lire 323, 100 franz. Franken 581½, 1 Pfund Sterling 306, 1 Dollar 73½, 100 belg. Franken 569, 100 Peso 104, 100 Dinar 111½, 100 Lei —, 100 öst. Kronen 1.69, 100 poln. Mark 2.93½, 100 ung. Kronen 12.15 Kr.

Literatur.

Der „neue Kurs“ in Sowjetrußland. Von Otto Bauer, Wien 1921. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. Anlässlich des vierjährigen Gedenktages der Errichtung der russischen Sowjetrepublik erschien in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ eine Artikelserie des Genossen Otto Bauer, in der er die Entwicklung der Sowjetmacht im letzten Jahre darstellte. Diese Artikel bilden den Inhalt der vorliegenden Broschüre. In dem Bortwort zeigt Bauer an einigen Beispielen, wie richtig er schon 1917 den Entwicklungsgang der proletarischen Revolution in Rußland beurteilt hatte. Er hatte vorausgesagt, daß das bäuerliche Privateigentum die kommunistische Wirtschaftsorganisation sprengen werde, daß die Entwicklung Rußlands zu eigentümlich ökonomischen Mischformen führen werde, was sich alles trotz der heftigen Kritik der Volkshawi heute nicht mehr bestreiten läßt. Mit Recht kann Bauer sagen: „Ich habe die Antikritik der Geschichte selbst überlassen.“

Sie hat sie schnell und gründlich besorgt.“ Die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen der russischen Revolution sind heute unbestritten, bestritten bleibt nur die Frage der politischen Wirkungen dieser Wirtschaftsentwicklung, welche Bauer in der vorliegenden Broschüre behandelt. Das Schriftchen, das nur 1 K 50 h kostet, sei unseren Buchhändlern und Kolporteurs zum Vertriebe, den Arbeitern zum Lesen empfohlen.

Der Kommunismus eine reaktionäre Bewegung. Von Benedikt Kautsky, Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad. Unsere rührige Parteibuchhandlung in Karlsbad gibt unter dem obigen Titel eine aufklärende Schrift des Wiener Genossen Benedikt Kautsky heraus, worin zunächst einleitend die kommunistische Bewegung in Rußland und in Westeuropa behandelt und auf ihre sozial-ökonomischen Ursachen zurückgeführt wird. Es wird der Nachweis geführt, daß in der kommunistischen Bewegung immer mehr eine kleinbürgerliche Ideologie zur Herrschaft gelangt, gegen die der marxistische Sozialismus schon zur Zeit der ersten Internationale ankämpfen mußte. Schon damals gab sich der Führer dieser anarchistisch-kleinbürgerlichen Richtung, Bakunin, als radikal aus, denn der auf wissenschaftlicher Grundlage beruhende marxistische Sozialismus und gründete genau so geheim Organisationen wie seine heutigen Vorfahren. Die Arbeiterschaft muß die neueste kleinbürgerliche Ideologie, die sich in das Gewand des Kommunismus kleidet, überwinden. Die Broschüre, obzwar in ihrem Gedankengang nicht überall zwingend, wird dennoch viel Aufklärungsarbeit verrichten können und sei daher unseren Genossen zum Lesen anempfohlen.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute „Mädchen aus dem goldenen Westen“. Morgen geschlossen. Die Tanselkaffe wird an diesem Tage um 12 Uhr geschlossen. Weihnachtsprogramm. Sonntag „Schwabenhochzeit“. Montag „Rosenkavalier“. In beiden Feiertagen Nachmittag „Wie das schlimme Teufel zum braven Engel wurde“.

Für die Brasilier Opfer.

Fünfter Spendenausweis. Lokalorganisation Ehinldwals 100 K, Lokalorganisation Weiterbreuth 80 K, Lokalorganisation Ullersloh 50 K, Gemeindeamt Schwarzschach

50 K, Lokalorganisation Rilles 20 K, Sammlung Gemeindeamt Quilschirn 621 K, Lokalorganisation Schobrowitz 50 K, Lokalorganisation Baan 346 K, Lokalorganisation Alcinagezd 5. Tzpliz 100 K, Dr. Grünhut, Eger 50 K, Lokalorganisation Neudorf 100 K, zusammen 1547 K. Bereits ausgewiesen 17.974 K K, also insgesamt 19.521 Kronen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Was wird uns das Christkind besorgen? „Etwas Not und etwas Sorgen“ — antworten die armen Leute ihren Kindern. Und das Herz tut ihnen dabei weh... Arme Leute, laßt nicht die Köpfe hängen! Jeder von Euch kann leicht reich werden, wenn er einen geringen Betrag zum Kauf eines Teilloses der staatlichen Baupremien-Anleihe opfert! Verlust des Kaufpreises ist ausgeschlossen, da auch in dem Falle, daß das Los nicht einen der 1433 in die Hunderttausende gehenden Treffer ziehen sollte, euer Geld, vermehrt um 2% Prämienzins, in der Amortisationsziehung zurückgegeben wird. —!

Der unverwüsthche



Kautschuk Schuhabsatz!

Unentbehrlich für jeden Haushalt ist Kautschuk und Kautschuk-Spezial, reinstes Pflanzenspeisefett, welches durch seine leichte Verdaulichkeit und seinen hohen Nährwert jedes andere Speisefett in gesundheitlicher Beziehung übertrifft und von Ärzten wärmstens empfohlen wird. 506

Bereinsnachrichten.

Die Kreisorganisation des sozialistischen Jugendverbandes beruft für Samstag, den 14., und Sonntag, den 15. Jänner nach Neudorf, Gast-

hof „Drei Linden, die erste ordentliche Kreisversammlung ein. Tagesordnung: 1. Berichte: a) des Obmannes, b) Sekretariats und Kasse, c) Kontrolle, 2. Die Aufgaben der Arbeiterjugend im Klassenkampf (Referent: Genosse Lohauer), 3. Bildungsbau (Referent: Genosse Weiser), 4. Jugendinternationale (Referent: Genosse Paul), 5. Organisation und Agitation (Referent: Genosse Hochsam), 6. Neuwahl der Kreisverwaltung, 7. Freie Anträge.

Turnen und Sport.

Die Prager Sparta in französischer Velocidung. Bekanntlich ist die Sparta nach Frankreich und Spanien gefahren, um dort ihre Weihnachtsspiele zu verbringen. Ob die Beliebtheit der Sparta in Frankreich wirklich so groß ist, ist beinahe aus dem Artikel Lucien Lucien Gambins in der französischen Zeitschrift „La vie au grand air“ zu bezweifeln. Die Spielstärke der Sparta wie auch jedes einzelnen Spielers wird da zwar in überschwenglichen Worten geschildert, weniger aber die Fairneß der Gesamtmannschaft. Interessant ist aber der Schluß des Artikels, in welchem der Schreiber den Amateurlismus der Sparta bezweifelt und sogar behauptet, aus guter Quelle zu wissen, daß keiner von den Sparta-Spielern einen wirklichen Beruf beübt, sondern nur Proforma-Aufstellungen besitzt und dabei Scheinexistenzen führen. Das wirkliche Einkommen wäre leicht zu erraten. Die Regeln des Tschechoslow. Staatsverbandes verbieten den Professionalismus und ist der Scheinamateurlismus viel tabulärer als offener Professionalismus. Wir müssen dem Autor die Verantwortung für seine Behauptungen überlassen.

Die Wiener Auswahlmannschaft spielt am 15. Jänner gegen Italien in folgender Aufstellung: Daplern-Blum, Dietrich-Geber, Brandstätter, Kurz-Wondraf, Kauhäuser, Kribil, Kuban, Kay. Bei der heutigen Spielstärke der Wiener Mannschaften keine übermäßig imponierende Aufstellung.

Der Vorliegende des überaus kompromittierten Rispekti A. C. (siehe unsere letzten Nummern) erklärte, mit den sensationellsten Enthüllungen vor die Öffentlichkeit zu treten und gegen sämtliche erklaffenden ungarischen Vereine die Anklage wegen Verußspielertums zu erheben.

Zwei Städtespiele finden zu Weihnachten in Prag statt. Sonntag spielt die Prager Auswahlmannschaft gegen Brünn, Montag gegen Pardubitz.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauch. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Adebar kom schon zurück Aus dem fernen Afrika, Kündet Freude an und Glück: KUNEROL ist wieder da!

Serbisches Schweinfett
hocharomatisch, schmackhaft und unvergleichlich bessere Qualität wie Amerikanische Provenienzen
Rückenspeck gesalzen oder geräuchert offeriert nur Engrossisten u. Grosskonsumgenossenschaften ab diversen Transitlager der Republik
A. Gasseau & Cie., Belgrad.
Generalvertretung
M. Bloch, Prag VII.-463.
Telegr. Adr.: „Morbloch — Prag“. Telefon 2925.

BIO
LIDO 411
Premiere! **Die Erlösung.** Premiere!
Drama in 6 Teilen.
Spieler: Dorothy Phillips, Priscilla Dean u. William Stowell.
Carpentier kontra Dempsey.
Weltboxmatch Amerika-Frankreich um den 50 Millionen-Preis.
SVETOZOR 412
Berühmte amerikanische Attraktion:
Die Welt des Jack London.
Eines der erfolgreichsten Filmdramen der heurigen Saison.

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen
amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen, Regale, Verkaufspulte, 497
Gasthausmöbel etc. offeriert billigst
A. Komenik, Prag II., Revoluční 6. Telefon 8514/VIII.
Genossenschaften, Krankenkassen etc. besondere Ausnahmspreise. Anfragen werden prompt erledigt und Kostenvoranschläge bereitwilligst gemacht.

Inserieren bringt Erfolg!

Die **ALLER** billigste Quelle
ALLER neuester
ALLER elegantester
ALLER feinsten Herren
Anzüge Überzieher Raglans — Gummimäntel Winterröcke — Pelze und Lederanzüge
ist unstreitig DAS KONFEKTIONSHAUS
Sigmund Stránský, PRAG, Hybernská.
Alte Preise. — Die 20% Umsatzsteuer trägt die Firma selbst. 363b

Théâtre Varieté 18
Prag-Karlín. 28
Heute Freitag, den 23. Dezember wird **BREITBART** versuchen die **Wette von Kč 1500.—**, bei Benützung fremden, ihm zu diesem Behufe gebrachten eisernen Materialen **zu gewinnen.** 507
Morgen Samstag (Weihnachtsabend) geschlossen! An beiden Weihnachtsfeiertagen je 2 Vorstellungen. 1/4 u. 1/2 8.

Marke Teekanne
repräsentiert erstklassige Teemischungen auf Grund 30-jähriger Erfahrung fachmännisch zusammengestellt. Er befriedigt jeden, selbst den verwöhntesten Teetrinker. Originalpakete mit wertvollsten Seidenmüstergutachten in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen erhältlich. Wo nicht, werden solche nachgewiesen durch das Teemporium R. Seelig & Fille, Bodenbach 9/12b.

Noch in letzter Stunde
entscheiden Sie sich und kaufen Sie **zu allerbilligsten Preisen** Trikotwollwaren für Herren, Frauen u. Kinder, Jacken, Garnituren, Sweater, Trikots.
Die besten Weihnachtsgeschenke nur in **Prag II., Hybernská 7 Lidový dům (Volkshaus.)** Verkauf im 2. Hofe.
Wäsche, Taschentücher, Krawatten. **Wollswals nur 30 Kč!** Lederware!
Täglich geöffnet über Mittag bis 7 Uhr abends.

Reserviert für:
MERL & WEISS
FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN
PRAG, NARODNI 23a.
141

Ein **Ober-Bäcker**
der in der Lage ist eine Grossbäckerei für Brot und Weissgebäck einwandfrei fachmännisch zu leiten 505
wird aufgenommen.
Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche erbeten unter Chiffre „Grossbäckerei 18“ an die Verwaltung dieses Blattes.

Genossen! Leset u. verbreitet euer Zentralorgan.